Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (25. Februar 2003)

Sand im Getriebe 18

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

http://www.attac.de/rundbriefe **sand.im.getriebe@attac.org**

Porto Alegre 3

“EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH”

3. WELTSOZIALFORUM (WSF/FSM) Porto Alegre, Brasilien – Januar 2003

100.000 TeilnehmerInnen, 20.763 Delegierte von 5.717 Organisationen aus 156 Ländern

Wer hätte das gedacht: die globalisierungskritische Bewegung macht Weltgeschichte.
Was in Seattle begann, hat sich zu einer veritablen weltweiten Bewegung gemausert, zu einer zweiten Globalisierung, zu einer Globalisierung des Protestes gegen die zwei großen Übel unserer Zeit: die neoliberale Offensive und den imperialen Krieg, die unsichtbare Hand des Marktes und die sichtbare Faust der kriegführenden Staaten.
Dem Aufruf von Florenz und Porto Alegre zur großen internationalen Demonstration gegen den drohenden Krieg gegen den Irak waren ca. 15 Millionen Menschen in 700 Städten gefolgt. Einen derartig globalen Protest hat es bisher noch nie gegeben.
“Sand im Getriebe” gibt sich Mühe, mit dem Tempo der Entwicklung Schritt zu halten.
Daher hatten wir mit SiG 17 eine Sondernummer zu den großen weltweiten Anti-Kriegs-Demos eingeschoben.

Die Informationen im Überblick zu Porto Alegre folgen in dieser Nummer. Wir haben die wichtigsten **Dokumente** zusammen gestellt, unter anderem des internationalen ATTAC-Treffens, aber auch den “**Aufruf der sozialen Bewegungen in PoA**”, der inzwischen von 95 Organisationen unterschrieben wurde und in vielen Ländern in den attac-internen Diskussionsprozess eingebracht wurde. Wir veröffentlichen **Analysen** zur Einschätzung der Stärke und der Schwäche der weltweiten Sozialforen. Und schließlich bieten wir einige exemplarische **Berichte** aus der Vielfalt sozialer Kämpfe. Denn die Bündelung der rebellischen Bewegungen, die weltweit wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden sprießen, macht die Stärke der neuen Bewegung aus.

In Porto Alegre meinte Noam Chomsky vor 15.000 ZuhörerInnen: ”Was hier in Porto Alegre passiert, ist eindrucksvoll. Von ihren Ursprüngen an haben die Linke und die Arbeiterbewegung auf eine wirkliche Internationale gehofft. Alle bisherigen Internationalen waren keine. Die erste war auf Europa beschränkt. Die zweite – was immer sie darüber denken – ist im ersten Weltkrieg zusammengebrochen. Die dritte wurde zu einem Instrument der sowjetischen Politik, die vierte war marginal. Das hier ist der Beginn einer wirklichen Internationale.” (im WDR 9.2.2003) Ist diese Neue Internationale schon stark genug, um die imperialen Kriegstreiber zu stoppen? Jedenfalls scheinen wir in Zeiten eines historischen Umbruchs, eines beschleunigten Wandels zu leben, in denen Millionen Menschen aufwachen, den aufrechten Gang üben und rufen “So nicht!”

Es ist eine sehr umfangreiche Ausgabe geworden. Sie ist als RTF oder PDF-Datei herunter zu laden unter **http://www.attac.de/rundbriefe/index.php** und als HTML-Datei zu finden unter **http://www.attac-austria.org/sig/sig.php**

Das Redaktions-Team dieser Ausgabe:
Marie-Dominique Vernhes und Peter Strotmann (attac Deutschland) • Barbara Waschmann und Claus Faber (attac Österreich)

Weitere deutschsprachige Beiträge aus Porto Alegre bei **attac.info**, der Event- und Kampagnen-Seite: **http://www.attac.info/poa2003**

1. OFFIZIELLE DOKUMENTE

1.1 Aufruf der sozialen Bewegungen
95 Organisationen und Sozialbewegungen haben diesen Aufruf derzeit unterzeichnet:
www.movsoc.org/htm/social_movements_more1.htm

1.2 Das Weltsozialnetz
will den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen (NROs), Sozialbewegungen, Initiativen und den weltweiten Sozialforen fördern.

1.3 Botschaft von Koli Annan an das Weltsozialforum
Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen, zeigt sich solidarisch mit den Sozialbewegungen, betont das Millenium-Entwicklungsziel (MDZ - Millenium Development Goal) und lädt zum gemeinsamen Engagement ein.

1.4 Mobilisierung gegen die G8!
Am 24. Januar fand in Porto Alegre eine Organisationsveranstaltung internationaler Bewegungen statt, um die Proteste gegen das G8-Treffen in der französischen Stadt Evian (1.-3. Juni 2003) zu vernetzen.

1.5 Drittes Weltforum der ParlamentarierInnen
Etwa 300 ParlamentarierInnen aus 29 Ländern verabschiedeten eine gemeinsame Resolution zur aktuellen Weltlage. Parlamentarische Abordnungen planen, in den nächsten Wochen in den Irak zu reisen. Um der ungleichen Entwicklung des ParlamentarierInnen-Netzwerkes (GPN) in verschiedenen Regionen und Ländern entgegen zu wirken, sollen nun Koordinationsstellen eingerichtet werden.

1.6 Weltbildungsforum
An diesem Forum nahmen über 15 000 Menschen teil. Die Vermarktung der Bildung wird abgelehnt, gefordert wird u.a. die Vorschulische Erziehung und die Grundschulausbildung für alle Menschen, wodurch erst möglich wird, die vollen Rechte und Pflichten als StaatsbürgerInnen zu erkennen und auszuüben. Wissenschaftliches und technologisches Wissens, das aus einzig wirtschaftlichen Gründen angehäuft wird und auf Ausbeutung von Menschen beruht, wird verurteilt.

1.7 Start des Internationalen Netzwerks gegen Steuerflucht
Kapital ist scheu und flüchtet gerne dorthin, wo es am wenigsten besteuert wird. Weil es leicht geht, ertüchtigen sich die Nationalstaaten in einen Steuerwettlauf nach unten. Als "Ersatz" steigen Lohnsteuern und werden Sozialleistungen (Gesundheit, Pensionen) gekürzt. Dabei wäre die Lösung ganz einfach: Ein europaweites Informationsaustauschsystem über Einkünfte aus Kapitalvermögen und einige weitere Maßnahmen könnten die Steuer-Fairness wieder herstellen.

1.8 Weltweites Attac-Treffen in Porto Alegre
Die zukünftige internationale Arbeit von ATTAC wird sich vermehrt an Kontinenten orientieren, haben ATTAC-Delegierte aus mehr als 30 Ländern in Porto Alegre beschlossen. Zu den bisherigen Kernthemen "Bändigen der Finanzmärkte" kommen zunehmend weitere Themen hinzu: der Kampf gegen unfaire Handelsregimes (GATS und FTAA) oder ein Eintreten für den Frieden (Palästina, Afghanistan, Irak) sind von Globalisierungskritik nicht zu trennen.

1.9 Bericht Attac Europa und Attac-Welt-Treffen
Der Kampf gegen das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS wird 2003 im Zentrum der Kampagnen stehen, hinzu kommen Aktivitäten für die Tobin-Steuer und gegen die weltweit grassierende Steuerflucht. Aber auch nach innen will die globalisierungskritische Bewegung zusammen wachsen, und zwar mit einem weltweiten Informationsnetzwerk und einer europäischen Sommeruniversität. Die Website www.attac.info wird auch nach Porto Alegre die internationale mehrsprachige Informationsplattform von ATTAC sein, als nächstes beim G8-Gipfel in Evian. Als Gegenentwurf zur G8-Erklärung wird es dort eine G-Welt-Erklärung geben.

2. ANALYSEN

2.1 In den Zwickmühlen des Erfolgs, Peter Wahl
Eine Bilanz des heurigen Weltsozialforums, das mit 100.000 Menschen sowohl an TeilnehmerInnen-Zahl als auch an politischer Breite weiter zugenommen hat.

2.2 Wiedergewinnung wirtschaftlicher Souveränität, Demba Moussa Dembele
Der mittelalterliche Schuldturm ist immer noch in Betrieb, meint Demba Moussa Dembele aus Afrika. Heutzutage sitzen die ärmsten Länder der Welt darin, und vor der Tür wachen IWF und Weltbank, dass niemand auskommt. Der einzige Weg heraus ist die bedingungslose Schuldenstreichung und Kapitalverkehrskontrollen. Ohne diese ist es unmöglich, die Millenium-Entwicklungsziele zu erfüllen.

2.3 Jenseits von Neo-Liberalismus - Eine Europäische Perspektive, Prof. Dr. Jörg Huffschmid
Europa kann von Glück reden, "Nachzügler" in Sachen Neoliberalismus zu sein, meint Jörg Huffschmid von ATTAC Deutschland: Während in anderen Ländern die Folgen von 25 Jahren Neoliberalismus (Ungleichheit, Armut, Einschnitte in Demokratie und öffentliche Güter) schon deutliche Schäden angerichtet haben, gibt es in Europa noch die Chance, ein kooperatives Sozialmodell zu erhalten. Notwendig ist dazu Umverteilung und Demokratisierung. Der Widerstand gegen einen US-geführten Irak-Krieg ist die erste Nagelprobe.

2.4 Demokratische Strategien zur Lösung internationaler Konflikte, Michael Warschawsky
Wie können wir Friedensbewegungen bilden, um uns gegen bewaffnete Konfliktlösung zu stellen?
Michel Warchawsky vom AIC in Israel entwickelt konkrete Vorschläge für die Situation in Palästina.

3. BERICHTE

3.1 Themenforum Palästina motiviert zum Frieden in der Region, Paulo Daniel Farah
Bericht über das Themenforum Palästina vom Weltsozialforum, das in Ramallah im Dezember 2002 stattfand

3.2 Das afrikanische Sozialforum will Stimme des Kontinents werden, Le Monde diplomatique taz/woz Feb 03
Anfang Januar tagte in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba das zweite Afrikanische Sozialforum. Die Delegierten aus den sozialen Bewegungen vieler Länder Afrikas formulierten eine gemeinsame Kritik an der Globalisierung. Sie forderten, nach panafrikanischen Grundwerten zu suchen und eigene demokratische Formen zu entwickeln.

3.3 Kollektive Engagements der Bewohner unserer barrios, Silvia Saravia
Je stärker der soziale Zusammenhalt, desto gesünder die Gesellschaft - "Barrios de Pie" befindet sich in Argentinien auf dem Weg dorthin.

3.4 "No Vox" erheben ihre Stimme, Jean-Batiste Heyrault
Wie kann "eine andere Welt" ins Auge gefasst werden, wenn die Bewegungen der Armen sich nicht beteiligen können?

3.5 Die Auswirkung der Liberalisierung des Handels auf Umwelt und natürliche Ressourcen, Julien Milanesi
Diese wurden in dem Seminar "our world is not for sale" sowie dem Arbeitskreis vom "Entwicklungsfond für Frauen der Vereinten Nationen" zur Privatisierung des Wasser-Sektors beschrieben.

3.6 Ein ethisches Tribunal für die Medien, Susana Merino
Schluss mit anti-demokratischer Berichterstattung, die zu Instabilität führt und Staatsstreiche initiiert. In Venezuela wurde die Demokratie seitens der Medien sabotiert und unterwandert.

3.7 Freie Software stillt Hunger
"Samba" wird nicht nur getanzt sondern ist auch der Name einer Freien Software. Durch den Wegfall von Software-Lizenzen werden Gelder frei. Der "Kampf dem Hunger" - Hauptanliegen von Brasiliens Präsident Lula - wird finanzierbar.
Spendenaufruf: www.freeyoursoftware.org

3.8 US-Delegierte auf dem Weltsozialforum
Warum hat das Interesse in der US-Bevölkerung so stark zugenommen? Warum kommt jetzt die größte nicht-brasilianische Delegation aus den USA?

3.9 Sozialforen in aller Welt
Link-Liste

Weitere deutschsprachige Beiträge aus Porto Alegre auf der Event- und Kampagnen-Seite von attac.info:
www.attac.info/poa2003/?NAVI=0-14de

OFFIZIELLE DOKUMENTE

AUFRUF DER SOZIALEN BEWEGUNGEN
Porto Alegre - Brasilien, Januar 2003

Wir rufen alle Netzwerke, Volksbewegungen und sozialen Bewegungen dazu auf, diesen Aufruf zu unterschreiben.

Eine globale Krise droht. Die kriegerischen Absichten der Regierung der Vereinigten Staaten gegen den Irak bedeuten eine ernsthafte Bedrohung für uns alle. Sie illustrieren auf dramatische Weise die Zusammenhänge zwischen Militarisierung und wirtschaftlicher Dominanz. Gleichzeitig befindet sich die neoliberale Globalisierung in einer Krise, und die Bedrohung einer globalen Rezession ist gegenwärtiger denn je. Täglich stehen Korruptionsskandale großer Unternehmen auf den Titelseiten und enthüllen die Realität des Kapitalismus.

Die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten vertiefen sich und zerstören die Strukturen unserer Gesellschaften und Kulturen, unsere Rechte, bis hin zu unserem Leben.
Die biologische Vielfalt, Luft, Wasser, Wälder, Land und Meer werden geopfert und feilgeboten.
All dies belastet unsere gemeinsame Zukunft.
Wir verweigern uns dieser Zukunftsperspektive.

Unsere Zukunft sichern
Wir, die sozialen Bewegungen, engagieren uns gegen die neoliberale Globalisierung, Krieg, Rassismus, das Kastensystem, Armut, Patriarchat und alle Formen der Diskriminierung und Ausschliessung, sowohl wirtschaftlicher, ethnischer, sozialer, politischer, kultureller als auch sexueller Art. Unsere Ziele sind Frieden, soziale Gerechtigkeit, Bürgerrechte, eine partizipative Demokratie, Respekt der universellen Rechte und das Recht der Völker, über ihre Zukunft zu verfügen.

Wir verteidigen den Frieden und die internationale Zusammenarbeit für eine lebensfähige Gesellschaft, die den Bedürfnissen der Bevölkerung in den Bereichen Ernährung, Wohnungswesen, Gesundheit, Bildung, Information, Wasser, Energie, Transport und den Menschenrechten gerecht wird.

Wir solidarisieren uns mit den Frauen, die sich gegen jede Form von Gewalt einsetzen. Wir unterstützen den Kampf der Bauern, der Lohnabhängigen, der sozialen städtischen Bewegungen und aller Menschen in Not, die ihres Dachs, ihrer Arbeit, ihres Grund und Bodens und ihrer Rechte beraubt wurden.

Wir haben zusammen mit Millionen Menschen demonstriert, um zu sagen, dass eine andere Welt möglich ist.
Dies war niemals so wahr und gleichzeitig so notwendig.

Nein zum Krieg!
Wir verurteilen die Militarisierung, das Anwachsen von Militärbasen und Repressionen, die unzählige Flüchtlinge hervorbringen und die sozialen Bewegungen und die Armen kriminalisieren.

Wir erheben uns gegen das Vorhaben, einen Krieg gegen den Irak zu führen, gegen die Angriffe, unter denen das palästinensische, tschetschenische und kurdische Volk leiden, gegen die Kriege in Afghanistan, Kolumbien und Afrika, gegen die wachsenden Kriegsdrohungen in Korea. Wir widersetzen uns den politischen und wirtschaftlichen Aggressionen, die sich gegen Venezuela richten, und der wirtschaftlichen und politischen Blockade, die sich gegen das kubanische Volk richtet. Wir verurteilen alle wirtschaftlichen und militärischen Druckmittel, die darauf abzielen, das neoliberale Modell aufzuzwingen und die Souveränität und den Frieden der Völker der Erde zu unterhöhlen.

Der Krieg ist zu einer strukturellen und permanenten Dimension der globalen Vorherrschaft geworden. Die militärische Macht wird benutzt, um Völker und strategische Ressourcen wie das Erdöl zu kontrollieren. Die Regierung der USA und ihre Verbündeten banalisieren den Krieg als Lösung für alle Konflikte. Wir klagen auch die willentlichen Versuche der reichen Länder an, die religiösen, ethnischen und rassistischen Spannungen und Stammeskonflikte erneut zu entfachen und in der ganzen Welt intervenieren, um einzig ihre Interessen zu schützen.

Die Öffentlichkeit ist mehrheitlich gegen einen Krieg im Irak. Wir rufen alle sozialen Bewegungen und alle progressiven Kräfte dazu auf, am weltweiten Protesttag am 15. Februar 2003 teilzunehmen. Schon jetzt sind in mehr als 30 Haupt- und Großstädten Demonstrationen geplant, um alle Gegner des Krieges zu versammeln.

Den Mechanismus der WTO aushebeln
Die Welthandelsorganisation (WTO), die gesamt-amerikanische Freihandelszone ALCA/FTAA und die starke Vermehrung regionaler und bilateraler Freihandelsabkommen, wie zum Beispiel das

Abkommen "Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung" (NEPAD), werden von den transnationalen Unternehmen für ihre eigenen Interessen benutzt, um unsere Volkswirtschaften zu kontrollieren und zu dominieren und um ein Entwicklungsmodell zu erzwingen, das die Armut vergrößert. Im Namen des Freihandels wird jeder Bereich des Lebens und der Natur verkäuflich gemacht, und den Völkern werden ihre elementarsten Rechte abgesprochen. Die transnationalen Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie versuchen der ganzen Welt ihre genmanipulierten Produkte aufzuzwingen. Frauen und Männern in Afrika und anderswo, die durch das Aids-Virus oder andere Seuchen betroffen sind, wird der Gebrauch von billiger produzierten Medikamenten untersagt. Und dies, obwohl die Länder des Südens sich in einer Schuldenfalle befinden, deren Ende nicht absehbar ist, und die sie zwingt, ihre Märkte zu öffnen und ihre Ressourcen zu Schleuderpreisen zu verkaufen.

Dieses Jahr ist es notwendig, unsere Kampagnen gegen die WTO, die ALCA/FTAA und den Freihandel auszuweiten und zu verstärken. Wir werden uns organisieren, um die Liberalisierung der Landwirtschaft, des Wassersektors, des Energiesektors, des öffentlichen Dienstes und der Investitionen zu verhindern und umzukehren, damit die Völker sich ihre Gesellschaften, ihre Ressourcen, ihre Kulturen, ihr Wissen und ihre Volkswirtschaften wieder zu eigen machen können.

Wir solidarisieren uns mit den mexikanischen Bauern, die sagen, dass "die Bauern so nicht mehr weiter können", und nach ihrem Vorbild mobilisieren wir uns auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, um die Mechanismen der WTO und der ALCA/FTAA auszuhebeln. Wir unterstützen die weltweite Initiative, die sich zugunsten einer Souveränität der Nahrungsmittel und gegen die neoliberalen Modelle der Landwirtschaft, der Produktion und des Vertriebs von Nahrungsmitteln entwickelt. Wir werden anlässlich der fünften Ministerversammlung der WTO im September 2003 in Cancun, Mexiko, und anlässlich der Ministerversammlung des AZLEA im Oktober in Miami, USA, weltweit massive Proteste organisieren.

Annullierung der Schulden
Die komplette und bedingungslose Annullierung der Schulden der Dritten Welt stellt eine unbedingt notwendige Voraussetzung dar, um den grundlegendsten Menschenrechten gerecht zu werden. Deshalb werden wir jedes verschuldete Land unterstützen, das sich entscheidet, die Rückzahlungen der staatlichen Auslandsverschuldung einzustellen und mit der Strukturanpassungspolitik des IWF zu brechen. Die Jahrhunderte der Ausbeutung der Völker der Dritten Welt, ihrer Ressourcen und ihrer Umwelt geben ihnen das Recht auf Wiedergutmachung. "Wer schuldet heute wem etwas"?

All diese Themen werden 2003 im Mittelpunkt unserer Kampagnen stehen: G8 (Evian, Juni), WTO (Cancun, September), jährliche Versammlung des IWF und der Weltbank (Washington, September).

Gegen die G8
Wir fordern alle sozialen Bewegungen und progressiven Kräfte dazu auf, die Politiken der illegitimen Instanz G8, die sich vom 1.-3. Juni in Evian, Frankreich, versammelt, zurückzuweisen. Wir laden sie ein, an den weltweit geplanten Aktionen teilzunehmen, die ihren Höhepunkt in einer internationalen Versammlung in Evian finden werden, mit einem alternativen Gipfel, einem alternativen Camp und einer bedeutenden internationalen Demonstration.

Gleichberechtigung der Frauen
Wir nehmen an den Aktionen der Frauenbewegung anlässlich des 8. Märzes teil, des internationalen Tages der Frauen gegen alle Formen der Gewalt, gegen das Patriarchat und für eine soziale und politische Gleichheit.

Solidarität
Wir appellieren an alle progressiven und sozialen Kräfte, Bewegungen und Organisationen der ganzen Welt, ihre Solidarität mit den Völkern Palästinas, Venezuelas, Boliviens und all denen, die zur Zeit gegen die Hegemonie kämpfen, zu entfalten.

Stärkung unseres internationalen Netzwerks
Der Geist des Textes, den wir im vergangenen Jahr anlässlich des Forums von Porto Alegre verfasst haben, und der unsere Ziele, Kämpfe und Bündnisse definiert, inspiriert und leitet uns und unsere Initiativen weiterhin. Da die Welt sich seitdem rasch verändert hat, wollen wir die Kooperation bei unseren Tätigkeiten und Beschlüssen intensivieren. Wir wollen einen offenen, radikalen, demokratischen, vielfältigen, internationalistischen, feministischen, antidiskriminierenden und antiimperialistischen Rahmen schaffen, einen Rahmen, der uns erlaubt, unsere Analysen, Engagements und Initiativen bekannt zu machen.

Dies erfordert die aktive Teilnahme aller Bewegungen, unter Respekt ihrer Unabhängigkeit gegenüber Regierungen und politischen Parteien und unter Achtung ihrer Autonomie, so wie es die Charta des Weltsozialforums festlegt. Dieser Rahmen lebt von den Beiträgen aller sozialen Akteure, die ihre Erfahrungen und sozialen Praktiken miteinander teilen, unter Respekt der verschiedenen Formen des politischen Ausdrucks und der verschiedenen Organisationsformen

dieser sozialen Bewegungen, ihrer Werte und spezifischen Kulturen.

Wir müssen ein Netzwerk bilden, das reaktiv, flexibel, dauerhaft, offen, transparent, horizontal und wirksam ist. Seine Verantwortung liegt darin, diesen Prozess zu bereichern und zu nähren, seine Vielfalt zu fördern und das notwendige Maß an Koordination zu erfüllen.

Dieses Netzwerk zielt darauf ab, die Teilnahme der weltweiten Bewegungen an den grundlegenden Diskussionen zu verstärken, die Durchführung gemeinsamer Aktionen zu vereinfachen, und die Initiative all derer zu stärken, die sich für soziale Belange einsetzen.
Zu diesem Zweck schlagen wir vor, eine Kontaktgruppe einzurichten; im Dienste unserer internationalen Mobilisierungen wird sie Treffen vorbereiten, Diskussionen und demokratisches Vorgehen mit Hilfe einer Internetseite und elektronischer Diskussionsforen voranbringen. Sie wird auf der Basis der organisatorischen Erfahrungen des Netzwerkes der brasilianischen sozialen Bewegungen und Volksbewegungen 6-12 Monate arbeiten.

Auch wenn es sich um eine provisorische Maßnahme handelt, wird sie die Kontinuität sichern. In diesem Rahmen ist es die Hauptaufgabe dieser provisorischen Gruppe, die Diskussion zu erleichtern, damit die weltweiten sozialen Bewegungen konkrete Verfahren für eine gemeinsame Arbeit definieren können. Dies ist ein fortschreitender Prozess: eine erste Bilanz wird auf den Versammlungen des Netzwerkes der sozialen Bewegungen gezogen, die während der Massenmobilisierungen gegen die WTO im September in Cancun stattfinden werden. Eine zweite Bilanz wird während des Weltsozialforums, das 2004 in Indien vorgesehen ist, und während der Treffen des Netzwerkes der sozialen Bewegungen erstellt.

Diese Bilanzen werden vor allem die Effizienz der Koordination beurteilen und Mittel zu ihrer Verbesserung entwickeln. Sie untersuchen auch, wie die Überleitung von einem Jahr zum anderen zu organisieren ist und wie die nationalen und regionalen Bewegungen und thematischen Kampagnen integriert werden können. In der Zwischenzeit muss sich in den Organisationen, Kampagnen und Netzwerken eine weit gefächerte Diskussion entwickeln, um Vorschläge für eine dauerhaftere und repräsentativere Struktur hervorzubringen.

In den kommenden Monaten werden wir zahlreiche Gelegenheiten haben, während unserer Aktionen dieses Netzwerk aufzubauen, damit zu experimentieren und es zu verbessern.

Wir appellieren an alle Netzwerke, soziale und Volksbewegungen, diesen Appell zu unterzeichnen und ihre Unterschrift in den nächsten zwei Monaten an movsoc@uol.com.br weiterzuleiten.

95 Organisationen und Sozialbewegungen haben diesen Aufruf bereits unterzeichnet:
www.movsoc.org/htm/social_movements_more1.htm

Übersetzerin: Annette Heiss, Korrektur gelesen: Monika Bootz, coorditrad@attac.org, Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, sig mdv-bw 23.02.2003

DAS WELTSOZIALNETZ www.redesocialmundial.org

Auf Initiative des Komitees Gaucho (1)

Das Weltsozialnetz richtet sich in seiner Arbeitsweise nach der Grundsatz-Charta des Weltsozialforums. Es stellt sich insbesondere dem internationalen Sekretariat und dem internationalen Rat des Weltsozialforums zur Verfügung. Die Organisationen, Bewegungen und Netzwerke des Weltsozialnetzes gründen ihre Mitarbeit auf folgende Werte und Prinzipien: Demokratie, Beteiligung, Rücksicht auf die Vielfalt, Transparenz, Pluralismus, Wechselseitigkeit, Horizontalität.

Das Weltsozialnetz möchte keinesfalls bestehende Informationsnetze verdrängen, noch die Stelle derer einnehmen, die noch geschaffen werden könnten. Im Gegenteil, das WSN will den Wert der vorhandenen Netze steigern und deren Sichtbarkeit verbessern.

Folgende Organisationen und NGOs sind dem Komitee Gaucho bereits beigetreten, um das WSN zu verwirklichen: One World, IFIL, Attac France, Caritas International, Les Pénélopes, A press.

(1) Das Komitee Gaucho vereinigt knapp 300 Organisationen aus dem Rio Grande do Sul, darunter Attac, die MST, die CUT, ABONG, CIVIES, Komitee Afro.

Übersetzung: Angelika Gross coorditrad@attac.org , Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, sig mdv-bw 23.02.2003

Botschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen an das Weltsozialforum, 27. Januar 2003

Nitin Desai, stellvertretender Generalsekretär für Wirtschaft und Soziale Angelegenheiten wurde dank der Bridge Initiative on Globalization zum WSF eingeladen. Er nahm am Diskussionspodium "In Opposition zu den Kriegen des 21ten Jahrhunderts, wie schaffen wir Frieden unter den Menschen?" teil und bracht eine Botschaft von Kofi Annan.

Es ist mir ein großes Vergnügen, meine Grüsse an dieses Forum zu senden.

Ihr trefft Euch vor dem Hintergrund großer Sorge - über die Möglichkeit eines Krieges im Irak, über nukleare Verbreitung auf der koreanischen Halbinsel, über zunehmende Gewalt im Mittleren Osten und über die Möglichkeit weiterer Terrorangriffe. In der Tat steht der Sicherheitsrat vor einer seiner größten Prüfungen in seiner Geschichte und trifft sich zu diesem Zeitpunkt in New York, um den Bericht der UN-Waffeninspektoren über ihren Fortschritt im Irak entgegen zu nehmen. Ich teile Eure Sorgen über diese Krisen und möchte Euch meiner Entschlossenheit versichern, weiterhin mein Äußerstes zu tun, ihnen im Einklang mit den Grundsätzen internationalen Rechts und mit den von der Charta der Vereinten Nationen vorgegebenen Prinzipien zu begegnen.

Ihr habt Euch aber auch versammelt aus Besorgnis über eine Vielfalt anderer Fragen, die dem Bestreben der Welt nach Sicherheit, Wohlstand und Frieden zugrunde liegen: die Notlage der Ärmsten der Welt und der schwächsten Länder; die gnadenlose Ausbreitung von AIDS; die schonungslose Plünderung der Umwelt; die ungleiche Verteilung der Gewinne der Globalisierung; die Handelsbarrieren und Subventionen, die den Entwicklungsländern eine faire Chance verweigern, in der globalen Wirtschaft mitzuhalten oder es einigen erschweren, den öffentlichen Gesundheitskrisen zu begegnen - diese Phänomene und Bedrohungen haben gleichen Anspruch auf Gewissen, Ressourcen und Wollen der Welt. Aber, wie Ihr, sorge ich mich darum, dass man sie vernachlässigen wird, dass sie Opfer zu kurzer Aufmerksamkeitsspannen oder enger Vorstellungen nationaler Interessen werden oder einfach nur schwer internationales Interesse wecken können, wenn so viel Anderes in den nächsten Wochen und Monaten geschieht und zu erwarten ist.

Das wäre tragisch, nicht zuletzt, da wir heute besser als je in der Lage wären diese Probleme in Angriff zu nehmen. Weltkonferenzen und Gipfeltreffen der letzten Jahre haben von Staaten auf höchstem politischen Niveau Verpflichtungen erbracht, Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern zu öffnen, Schuldenerlass zu beschleunigen, Hilfen zu erhöhen, die Umwelt zu schonen und Entwicklung ins Zentrum der Politik zu rücken. Darüber hinaus haben wir mehr als Verpflichtungen, Versprechen und ausführliche Aktionspläne. Für die Schlüsselfrage wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung haben wir ein gemeinsames Rahmenwerk, das uns leiten kann: das Millenium-Entwicklungsziel (MDZ - Millenium Development Goal). Es umfasst die Halbierung extremer Armut bis zur Verhinderung der Ausbreitung von HIV/AIDS und universeller Grundschulbildung - all dies bis zum Ziel-Jahr 2015. Es stellt eine Auswahl von einfachen aber wirkungsvollen Zielvorgaben dar, die jeder Mann und jede Frau in den Strassen von New York, Nairobi oder Neu-Delhi leicht unterstützen und verstehen kann. So ehrgeizig sie erscheinen mögen, sind sie doch nicht nur fromme Wünsche. Sie sind im Gegenteil vollkommen erreichbar, selbst in der kurzen gesetzten Frist.

Die Regierungen müssen die Millenium-Entwicklungsziele durchsetzen. Alle Hauptzweige des UN-Systems werden zusammenwirken, um alles zu tun, womit wir helfen können. Aber weder wir noch die Regierungen, werden alleine ohne Euer Engagement erfolgreich sein - Ihr, die dynamischen Kräfte, hier in Porto Alegre versammelt. Ich sehe drei Hauptwege für Euer Mitwirken.

Erstens könnt Ihr Euren Regierungen ihre Versprechungen vorhalten. Der Fortschritt wird durch eine Reihe von Berichten überwacht, die in Zusammenarbeit von Regierungen, UN-Gremien und Nichtregierungsorganisationen (NROs) und ihren Partnern erstellt werden. Das eröffnet Euch ein Podium, wo Ihr Eure Stellungnahmen einbringen könnt, Lob für Regierungen, wenn sie das Tempo halten oder Kritik, wenn das Engagement nachzulassen scheint oder Prioritäten fehlen.

Zweitens, wenn Ihr von Euren Regierungen Rechenschaft fordert, hoffe ich, dass Ihr in Partnerschaft mit ihnen arbeitet, dass Ihr untereinander Bündnisse bildet, mit UN-Gremien, ja auch mit dem privaten Sektor. NROs und Geschäftswelt haben beide wichtige Beiträge zu liefern, müssen sich aber über reflexartige kontraproduktive Denkarten, gegenseitige Verachtung und Dämonisierungen hinweg bewegen.

Drittens könnt Ihr die Diskussion über die Richtung unseres internationalen Systems bereichern. Einige von Euch haben eine deutliche Meinung zur Globalisierung. Wir können uns darüber einigen, dass viele Menschen und viele Länder kaum oder gar nicht von der Globalisierung Nutzen gezogen haben. Aber die Frage ist nicht, ob wir Globalisierung wollen, sondern welche Art von Globalisierung. Unser Ziel ist die Globalisierung zu einem inklusiven, gerechten Prozess zu machen. Euer Eintreten wird weiterhin einen wesentlichen Teil in den Bemühungen spielen, ihn so zu formen, dass er Chancen nicht nur für die glücklichen Wenigen, sondern für alle Menschen, besonders die Armen und Verletzlichen bietet.

Manchmal scheint es, als sei das internationale System für immer Geisel der Mächte und von Gier untergraben. Es gibt aber auch Momente, wo sich Chancen öffnen. So ein Moment ist heute. Jetzt ist die Zeit, unsere Bemühungen zu verdoppeln, ein System von Regeln und Gesetzen zu formen, ein offenes und faires System, ein System, das Armut und

Ungerechtigkeit nicht zulässt, ein System, das den echten Bedürfnissen echter Menschen entspricht. Das macht es für uns in den Vereinten Nationen und für Euch in der Zivilgesellschaft entscheidend, dass wir unser konstruktives Engagement fortführen. Ich messe dieser Beziehung und unserem gemeinsamen Bestreben für eine friedliche, sichere und gerechte Welt höchste Bedeutung zu.

In diesem Geist entbiete ich Euch meine besten Wünsche für ein erfolgreiches Forum.

Kofi Annan
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Übersetzung: Bernt Lampe, Ehrenamtliche Übersetzungs-Team coorditrad@attac.org, sig mdv-bw 23.02.2003

MOBILISIERUNG GEGEN DIE G8!

Am 24. Januar fand in Porto Alegre eine Organisationsveranstaltung internationaler Bewegungen statt.

Die G8 vereint die sieben reichsten Länder der Welt und Russland. Von 01.-03. Juni 2003 wird der nächste Gipfel in der französischen Stadt Evian abgehalten.

Dieser Club der Mächtigsten wurde 1975 gegründet, mit dem Ziel Finanz- und Wirtschaftsfragen informell zu diskutieren. Er ebnete den Weg für eine Globalisierung, die den Profiten und Interessen der multinationalen Konzerne dient. Die Empfehlungen der G8 werden durch internationale Institutionen, wie IWF (Internationaler Währungsfond) und Weltbank, deren Hauptaktionäre die reichsten Länder sind, oder durch die WTO (Welthandelsorganisation), die ebenfalls von den gleichen Länder dominiert wird, umgesetzt.
Die G8 masst sich die Rolle einer Weltregierung an, obwohl die Völker dieses Planeten ihr dafür nie ein Mandat übertragen haben. Und obwohl die G8 nicht legitimiert ist, zwingt sie ihre Entscheidungen der Welt auf und bestimmt somit ihren Weg. Die G8 betreibt eine neoliberale Politik, welche die Konzentration des Reichtums beschleunigt, Arbeitsrechte angreift, Arbeitsplätze gefährdet, die Lebensbedingungen großer Teile der Menschheit beeinträchtigt und kulturelle Ausgrenzung sowie die Zerstörung der Umwelt begünstigt. Während die Mitgliedsstaaten der G8 den wirklichen Kampf gegen finanziellen Betrug, Geldwäsche und Vetternwirtschaft verweigern, legitimieren sie auf der anderen Seite, im Namen der Terrorismusbekämpfung, Krieg, Militarisierung und Unterdrückung. Die G-8 behauptet, die Armut in der Welt bekämpfen zu wollen, jedoch hat sich das Programm zum Schuldenerlass für die armen Länder als gänzlich unzureichend erwiesen und war mit inakzeptablen Bedingungen verbunden. Die Pläne des IWF treiben weiterhin Länder wie Argentinien in den Ruin, und der Freihandel unter Schirmherrschaft der WTO zeigt sich jeden Tag nachteiliger für die Länder des Südens. Die finanziellen Beiträge für einen Kampf gegen AIDS, Malaria und andere Seuchen blieben leere Versprechungen und wurden auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Die Mitgliedsstaaten der G-8 setzten keinerlei ernsthaften Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, zum Kampf gegen die Treibhausgase und auch nicht gegen das rasche Anwachsen nuklearer Abfälle.

Seit rund 15 Jahren werden die Proteste gegen die G-8 immer heftiger. In Europa war dies 1989 in Paris, 1996 in Lyon, 1998 in Birmingham und 1999 in Köln der Fall. Zehntausende von DemonstrantInnen forderten die Annullierung der Schulden der Länder des Südens. 2001 demonstrierten Hunderttausende von Menschen in Genua, trotz polizeilicher Repressionen, die schliesslich zum Tod von Carlo Giuliani führten.

Heuer ist es an uns, Massenproteste gegen die G-8 zu organisieren. Ein Protest, der von AktivistInnen und BürgerInnen in lokalen Gruppen ausgeht und globales Ausmass erreicht.
Ob Aktivisten aus Vereinen, Gewerkschaftsmitglieder, Mitglieder von NGOs oder Parteien, oder - vor allem - einfache BürgerInnen, wir werden alle auf die Strassen gehen, vereint in den gemeinsamen Forderungen. Wir werden aber auch unsere Unterschiede respektieren, denn gerade in unserer Vielfalt besteht unsere Stärke.
Wir machen gemeinsam mobil für den Frieden, gegen alle Kriege und militärischen Interventionen, vor allem in Palästina, an der Elfenbeinküste, in Kolumbien oder Tschetschenien und gegen eine westliche Intervention im Irak.

Wir klagen die Illegitimität der G-8 an und fordern von den Regierungen sofortige Maßnahmen gegen den Sozialabbau, gegen jede Form von Diskriminierung, vor allem gegenüber Frauen und Homosexuellen, gegen alle Ungleichheiten, für ein Recht auf Arbeit und Einkommen, für eine Umverteilung des Reichtums, für den Schulderlass in der Dritten Welt, für das Recht aller Menschen auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes sowie für den offenen Zugang für alle zu den Gemeingütern der Menschheit wie Trinkwasser, die Meere, Grund und Boden, Ernährung, Wohnung, Bildung, Kultur, Information und Zugang zu Gesundheitsdiensten und Medikamenten.

Wenn Sie sich ebenfalls dafür einsetzen wollen, senden Sie diesen Aufruf bitte unterschrieben an <mailto:g8-evian@globenet.org> oder an <mailto:julien.aitec@globenet.org>.

Übersetzung: Annette Heiss, Korrektur gelesen: Herbert Kaser, Ehrenamtliche Übersetzungs-Team coorditrad@attac.org, sig mdv-bw 23.02.2003

DRITTES WELTFORUM DER PARLAMENTARIERiNNEN

Porto Alegre, 24. Januar 2003

Anwesend waren ca. 300 Parlamentarier aus 29 Ländern.

Resolution bezüglich des globalen Parlamentariernetzwerks und seiner Aktivitäten

Das dritte Jahr in Folge hat sich das Weltforum der Parlamentarier (WFP) in Porto Alegre vom 22. bis 24. Januar 2003 im Rahmen des Weltsozialforums (WSF) getroffen. Dieses Treffen fand wenige Tage nach der Amtsübernahme des Präsidenten der Bundesrepublik Brasilien, Luis Inacio "Lula" da Silva, statt, einem der Protagonisten der vorangegangenen Foren. Der Sieg Lula's bringt für Millionen von Frauen und Männern in Brasilen, Südamerika und auf der ganzen Welt die Hoffnung auf eine neue Form von Regierung sowie Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung, welche die soziale Integration zum Hauptziel haben.

Der Aufbau eines globalen ParlamentarierInnen-Netzwerkes (GPN), das durch solidarische Verbindungen mit den Sozial- und Bürgerbewegungen dauerhaft wirken soll, war eines der Hauptziele der vorangegangenen Treffen des WFP. Das erste WFP im Januar 2001 hatte dafür die Basis und die Perspektiven festgelegt. Das Zweite, im Februar 2002, hatte die Struktur (Regionalzentren, die sich untereinander koordinieren, um die internationale Dimension sicherstellen) und die Abwicklung (mit der Einrichtung von weltweiten und regionalen Internet-Mailinglisten) festgelegt.

Die in der Referenzerklärung des ersten WFP festgehaltenen und durch das Zweite ergänzten Aktionsthemen sind in zahlreiche Interventionen und Initiativen der Mitglieder des Netzwerkes in ihren nationalen und regionalen Parlamenten eingeflossen (beispielsweise für eine Art Tobin-Steuer, gegen die Patentierung von Leben, für den Frieden). Die Mitglieder des Netzwerkes haben, unter Beachtung der Charta der Prinzipien des WSF, auch den Prozess der Sozialforen unterstützt und an deren globalen, regionalen und thematischen Treffen teilgenommen.

Im Lauf des Jahres 2002 hat das Netzwerk mit der Erklärung zum Gipfel von Johannesburg ("Rio+10") und der Kampagne gegen die Angriffe der WTO auf die öffentlichen Dienste (im Rahmen der derzeit laufenden GATS-Verhandlungen) begonnen, geschlossen aufzutreten. Regionalpole des GPN haben sich gebildet, insbesondere in Europa.

Das Parlamentariernetzwerk hat sich jedoch bis jetzt in den verschiedenen Regionen und Ländern noch sehr ungleich entwickelt. Heute ist es wichtig, es auszudehnen und seine Aktionsfähigkeit im Sinne der Abschlusserklärung des ersten WFP (vom 28. 1. 2001) und der beim zweiten Forum (am 2. Februar 2002) angenommenen Resolution zum GPN zu verstärken. Es sollen dazu nationale Koordinationsstellen des GPN eingerichtet werden, die es den verschiedenen nationalen und regionalen Abgeordneten erlauben, ihren Einsatz um gemeinsame regionale Pole des GPN zu bündeln.

Das GPN wird im Jahr 2003 sowohl auf legislativer Ebene wie im Zusammenhang mit Kampagnen der Sozial- und Bürgerbewegungen aktiv sein:

Gegen den Krieg.
Dies hat oberste Priorität: Unverzüglich handeln, um einen Krieg im Irak zu verhindern und die israelische Besetzung des palästinensischen Territoriums zu beenden.

Die ParlamentarierInnen der Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen müssen von ihren Regierungen verlangen, dass sie sich entschlossen gegen den Krieg stellen und das Konzept des "Präventivkrieges" zurückweisen. In diesem Fall müssen jene Staaten, die das Vetorecht im UN-Sicherheitsrat geniessen, auf das "Veto für den Frieden" zurückgreifen. Wir müssen unsere Ablehnung jedes Angriffs ganz deutlich machen. Ein solcher Angriff stellt immer eine Gefahr für den Frieden dar und würde dem guten Ruf der UNO, den sie für die Erfüllung ihrer Aufgabe benötigt, schaden. Wir appellieren an die Vereinten Nationen, alle nötigen Schritte für den Erhalt des Friedens einzuleiten. Die Waffeninspektoren der UNO müssen soviel Zeit zur Verfügung haben, wie sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigen.

Ganz allgemein widersetzen wir uns der neuen globalen Militärordnung, die Washington durchdrücken will, und seiner Doktrin des "Präventivkrieges", dessen Auswirkungen direkt und indirekt von Lateinamerika über den Nahen Osten (Palästina, …), Europa (Tschetschenien,…), Afrika (Elfenbeinküste, …) bis Asien (Philippinen, …) schon festzustellen sind. Das WFP wird in Abstimmung mit der neuen, sich international bildenden Antikriegs-Bewegung aktiv werden, insbesondere im Zusammenhang mit der Mobilisierung für den 15. Februar. Das WFP schlägt vor, dass eine Folge von parlamentarischen Abordnungen in den nächsten Wochen in den Irak reist, als Ausdruck seiner entschiedenen Ablehnung von Kriegen und seiner Solidarität mit dem irakischen Volk, das Opfer des Wirtschaftsembargos und der militärischen Bedrohung durch Washington ist. Dies bedeutet auf keinen Fall eine Unterstützung des irakischen Regimes.

Das GPN wird darum bitten, vom UN-Sicherheitsrat empfangen zu werden, um dort seine Ablehnung eines

Krieges zum Ausdruck zu bringen. Es wird im Zuge dieser Reise auch die Mitglieder des Kongresses der USA sowie die dortige Antikriegs-Bewegung zur Übermittlung seiner Unterstützung treffen. So rasch wie möglich muss in allen Parlamenten eine Debatte über die Kriegsgefahr organisiert werden.

Das GPN nimmt sich ebenfalls vor, in Palästina zum Schutz der zivilen Bevölkerung eine dauernde Präsenz sicherzustellen. Es übermittelt allen Kräften und Bewegungen, die in Israel und im Nahen Osten für einen gerechten und dauerhaften Frieden arbeiten, seine Unterstützung.

Cancun.
Die Ministerkonferenz der WTO in Cancun (Mexiko) vom 10. bis 14. September 2003 ist ein Haupttermin für alle Widerstandsbewegungen gegen die neoliberale Globalisierung.

Das in Doha gegebene Versprechen, das TRIPS-Abkommen über Rechte an geistigem Eigentum so zu überarbeiten, dass nichts in dem Abkommen die Entwicklungsländer in ihren öffentlichen Gesundheitsprogrammen behindert, muss eingehalten werden. Dies ist eine Vorbedingung für den Start einer neuen Handelsrunde. Es ist inakzeptabel, dass der Bevölkerung armer Länder auf Grund von Patenten und Sachzwängen des Profits der Zugang zu Medikamenten verwehrt wird.

Das GPN muß seine im Oktober 2002 eingeleitete Kampagne gegen das Dienstleistungsabkommen (GATS, General Agreement on Trade in Services) und zur Verteidigung der öffentliche Dienste ausweiten (der in Europa initiierte Antrag ist bereits von 215 ParlamentarierInnen unterschrieben worden). Da die Frist für die Übermittlung der Liberalisierungsangebote mit dem 31. März 2003 abläuft, stellt dieser Monat eine wichtige Etappe in der Mobilisierung dar, die im September ihren Gipfel erreichen wird.

Die Konferenz von Cancun wird uns eine weitere Gelegenheit geben, zu bekräftigen, dass das Handelsrecht den sozialen und ökologischen Erfordernissen untergeordnet sein muss, dass die Abkommen zum Arbeitsrecht und dem Umweltschutz für die WTO bindend sind, dass das Handels- und Finanzsystem grundlegend zu ändern sind, um demokratischer zu werden. Öffentliche Güter (wie das Wasser) dürfen nicht zur Handelsware werden. Wir erneuern unseren Widerstand gegen die Verhandlung eines internationalen Abkommens über Investitionen im Rahmen der WTO zu Gunsten der internationalen Konzerne. Die WTO und die internationalen Finanzinstitutionen haben kein Recht, hier zu befehlen.

Die beim Forum anwesenden mexikanischen Abgeordneten rufen zur Bildung einer politisch schlagkräftigen Initiative in Abstimmung mit dem GPN einige Tage vor der Ministerkonferenz in Cancun auf.

Nach Johannesburg.
Der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung ("Rio+10") in Johannesburg Ende August bis Anfang September 2002 war ein offenkundiger Misserfolg. Nicht einmal die Ratifizierung des Kyoto-Abkommens, so begrenzt es auch ist, ist gelungen. Neue Umwelt- und Sozialkatastrophen, wie jene im Bereich des Seetransports gefährlicher Stoffe, sind von neuem vorgefallen. Der internationale, vom GPN initiierte, Aufruf, der damals von 233 ParlamentarierInnen zahlreicher Länder unterzeichnet wurde, hat demzufolge nichts an Aktualität verloren. Das GPN wird daher diesen Aufruf ("Nach Johannesburg, die Rettung der Erde hat weiterhin oberste Dringlichkeit") auf noch breiterer Basis verteilen und die Sammlung von Unterschriften wieder aufnehmen, um neue Aktionen in diesem Bereich vorzubereiten.

Besteuerung von Kapitalbewegungen.
Angesichts des Finanzbedarfs für Entwicklungszusammenarbeit und der Notwendigkeit, allen den Zugang zu den globalen öffentlichen Gütern zu sichern, wird das GPN seine Kampagne zu Gunsten einer globalen Neuverteilung der Reichtümer und im besonderen einer tobin-artigen Steuer auf Devisengeschäfte verstärken. Eine solche Steuer würde eine politische und demokratische Kontrolle der Finanzmärkte ermöglichen und zum Kampf gegen Finanzspekulationen beitragen. Das GPN wird dazu beitragen, die in den Parlamenten geführten Kampagnen, vor allem für ein internationales Abkommen zur Einführung einer Steuer auf Devisengeschäfte zu Gunsten der Fonds der Vereinten Nationen, zu koordinieren.

Transparenz der Verhandlungen, Voraussetzung für Demokratie.
Mit der neoliberalen Globalisierung wird die Demokratie zunehmend ihres Inhalts beraubt. Das geheime Verhandeln von Abkommen, die für die Zukunft von ganzen Ländern ausschlaggebend sind, wird zur Regel. Die Mitglieder des GPN werden sich in ihren Ländern dafür einsetzen, dass die bei den Verhandlungen verwendeten Unterlagen, die laufenden Beratungen und die von den einzelnen Regierungen vertretenen Positionen veröffentlicht werden. Transparenz ist nur eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die Ausübung einer echten Demokratie, sie ist jedoch eine der wichtigsten. Vor allem die Parlamentarier der nördlichen Hemisphäre müssen ihre Regierungen auf deren Politik (jene im IWF mit eingeschlossen) gegenüber den Ländern des Südens ansprechen, die durch den Neoliberalismus in Krisen gestürzt wurden, und öffentlich die Frage stellen, wie Programme zur Bekämpfung des Hungers in einem globalen Maßstab unterstützt werden können.
Die Parlamente müssen ihre Rolle als Gesetzgeber sowie Kontrolleure der Exekutive und der Budgetpolitik ausüben und die politischen Überzeugungen ihres Landes

zum Ausdruck bringen. Sie müssen für die Bewegungen und die Bestrebungen der Gesellschaft offen sein.

Solidarität.
Wir erklären von Neuem unseren Widerstand gegen das laufende Projekt der gesamtamerikanischen Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas - FTAA/ALCA) womit sich letztlich Lateinamerika den USA wirtschaftlich unterordnen würde. Wir verlangen eine andere Art von demokratischer und wirtschaftlicher regionaler Integration. Das GPN wird die laufenden Verhandlungen aufmerksam verfolgen müssen, um jeglichen ungerechten Vertrag zu verhindern.

Wir erklären ebenfalls von Neuem unsere Unterstützung für eine politische Lösung des Konflikts in Kolumbien durch die Förderung sozialer Gerechtigkeit und ohne fremde militärische Intervention.
Das WFP versichert den Bauern in Bolivien seine Unterstützung und Solidarität, verurteilt die blutige Repression, die in letzter Zeit gegen sie im Gang ist und verlangt die Erfüllung ihrer völlig rechtmäßigen Forderungen.

Das WFP versichert dem kubanischen Volk seine Unterstützung zu seinem Bestreben und seinem ihm zustehenden Recht auf Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung. Es muss Herr seines eigenen Schicksals sein können. Wir verlangen die bedingungslose Aufhebung der Blockade Kubas durch die USA und die Aufhebung der Gesetze Torricelli, Helms-Burton und "Ajuste Cubano" sowie ihrer Durchführungsverordnungen.

Das WFP unterstützt die Organisationen der Landbevölkerung Mexikos "El Campo no aguanta mas", die die Neuverhandlung der Bereiche Landwirtschaft und Fischerei des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (North American Free Trade Agreement, NAFTA) verlangen, welches Mexiko mit Kanada und den USA unterzeichnet hat.

Wir verlangen die Erfüllung der UNO-Resolutionen über die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des saharauischen Volkes im Rahmen der nächsten Termine der Vereinten Nationen, insbesondere durch die Abhaltung des Referendums.

Mobilisierung.
Im Rahmen seines Engagements gegen den Krieg und die einseitige Globalisierung wird das GPN mit seinen Mitgliedern an den großen Mobilisierungen, die von den Sozial- und Bürgerbewegungen für 2003 geplant sind, wie zum Beispiel jener zum G8-Gipfel in Evian (Frankreich) im Juni, teilnehmen.
Eine Diskussion über die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Sozialbewegungen ist notwendig. Wir liefern dazu, als Teil dieser Diskussion, den Beitrag, den die damit befasste Arbeitsgruppe während unseres Forums entworfen hat.
Das GPN wird aktiv an der Vorbereitung des nächsten Forums in Indien arbeiten, das aus den Kampagnen von 2003 Bilanz ziehen, die Initiativen für 2004 planen und einen echten politischen Austausch ermöglichen soll.

Übersetzer: Martin Regelsberger, Korrektur gelesen: Helga Heidrich, coorditrad@attac.org, Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, sig mdv-bw 23.02.2003

WELTBILDUNGSFORUM
Erklärung von Porto Alegre, 2003

Einleitung
Die zweite Auflage des Weltbildungsforums, das am Vorabend des Weltsozialforums in Alegre, Rio Grande do Sul (Brasilien) stattfand und mehr als 15.000 Lehrerinnen, Lehrer und Studierenden aus über 100 Ländern aller Kontinente versammelte, ist ein Beweis für die Ausbreitung und Vitalität der sozialen Bewegung zum Schutz der öffentlichen, weltlichen, kostenlosen und hochwertigen Bildung für alle Frauen und Männer dieses Planeten.

Ein Jahr nach Realisierung des ersten Weltbildungsforums wurden wieder Gedanken und Ideen über Grenzen und Entwicklungsmöglichkeiten, Rück- und Fortschritte, Schwierigkeiten und Siege einer emanzipierenden und integrierenden Bildung gesammelt, die in der Lage ist, eine aktive, multi- und interkulturelle weltweite Bürgerschaft zu fördern. Damit haben wir die kritische Analyse, einer durch neokonservative und neoliberale Vorherrschaft dominierten Welt, wieder aufgenommen, und wir bestätigen die Prinzipien, Orientierungen und Vorschläge der "Erklärung von Porto Alegre für eine öffentliche Bildung für Alle", die anlässlich des ersten Weltbildungsforums verfasst wurde und die von nun an in diese Erklärung integriert ist.

Wir bestätigen erneut unsere Absage an eine Vermarktung der Bildung, die durch internationale Organisationen und Freihandelsabkommen eingeführt wird, an jede Form der Diskriminierung, und an jede einseitig eingesetzte Gewalt in diesem internationalen Kontext der Kriegs- und Gewaltkultur. Wir bekräftigen also unser bedingungsloses Engagement für eine Kultur des Friedens und der Solidarität und für eine Umwelt, die Freiheit, Gleichheit und Respekt der Vielfalt fördert.

Wir meinen, dass die in diesem Dokument aufgezeigten Prinzipien, Ansätze und Perspektiven grundlegende Referenzen für all diejenigen bleiben, die sich im Kampf für eine Universalisierung der öffentlichen, weltlichen, hochwertigen und an die Gesellschaft gerichteten Bildung engagieren. Wir glauben auch, dass wir diese Vorschläge voranbringen müssen, indem wir unsere Verpflichtungen in die Tat umsetzen.

So wie unsere vorangehenden Erklärungen gemeinschaftlich ausgearbeitet wurden, muss auch das Prinzip der Vergesellschaftung des Entscheidungsprozesses weiterhin eine obligatorische Komponente in der Formulierung und Umsetzung von Politiken, Plänen, Programmen und Bildungsprojekten darstellen. Bezüglich der Vorgehensweise schlagen wir als Strategie vor, alle Männer und Frauen der Erde zu vereinen, denn unserer Meinung nach kann der notwendige Aktionsplan weder die Frucht einer kleinen Gruppe von Wissenden und Pädagogen sein, noch einer mächtigen Minderheit, sondern er muss aus der Gesamtheit verschiedener mobilisierter und organisierter sozialer Sektoren hervorkommen.

Erklärung
Gemäss der Prinzipien und Ansätze, die bereits in der "Erklärung von Porto Alegre für eine öffentliche Bildung für Alle" definiert wurden, verkünden wir folgende Verpflichtungen :

I - Einrichtung einer "Bürgerschule" als pädagogisches Ideal, Aufgabe des Staates, unter sozialer Kontrolle, errichtet durch alle, begründet durch ein inter- und multikulturelles Programm - d.h. nicht gleichgültig gegenüber Unterschieden -, offen für die Möglichkeiten demokratischer Praktiken mit hilfe von emanzipierenden Bewertungsprozessen; eine Schule, in der Kenntnis erworben werden, die alle Menschen auf eine aktive Beteiligung im Kontext ihrer jeweiligen spezifischen Gesellschaft vorbereitet. Die Entwicklung und Unterstützung aller Formen von Bewegungen durch Volksbildung, die einen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Wandel fördert, sind Teil dieser Utopie.

II - Die Erziehung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahre soll in der Art und Weise gesichert werden, dass ihre volle Entfaltung garantiert ist.

III - Alle Bewohner dieser Erde im Schulalter sollen eine Grundschulausbildung erhalten und ebenfalls alle, die noch keinen Zugang dazu hatten, und alle die davon ausgeschlossen waren. Diese Ausbildung soll garantieren, dass die Menschen ihre vollen Rechte und Pflichten als StaatsbürgerInnen erkennen und ausüben.

IV - Eine weiterführende Bildung soll für alle garantiert werden, die die Grundausbildung abgeschlossen haben. Alle Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf den Besuch einer weiterführenden Schule als Bestandteil der Grundausbildung.

V - Das Fundament und die Strukturen für eine allgemeine, hochwertige technische Ausbildung sollen geschaffen werden, damit allen die Teilnahme an der Arbeitswelt in einer emanzipatorischen Perspektive ermöglicht wird.

VI - Alle, die daran Bedarf haben, haben ein Recht auf höhere Bildung. Der Zugang und die soziale Qualität des Hochschulwesens müssen in den Bereichen des Unterrichts, der Forschung und der gemeinschaftlichen Dienstleistungen, garantiert werden.

VII - Die private Aneignung wissenschaftlichen und technologischen Wissens, das aus einzig wirtschaftlichen Gründen angehäuft wird, und das auf Ausbeutung von Menschen beruht, wird verurteilt. Da diese Kenntnisse dank Vereinigung gemeinsamer Kräfte erlangt wurden, stellen sie ein Allgemeingut der Menschheit dar.

VIII - Eine Spezialausbildung soll angeboten werden, die den Vorrang von Personen garantiert, die spezielle Bedürfnisse haben und sich in Risikosituationen befinden.

IX - Den Unterdrückten, Ausgebeuteten und Ausgegrenzten dieser Welt soll vorrangig garantiert werden, am gemeinschaftlich produzierten Reichtum teilzuhaben. Auf diese Weise sollen die Schulden ausgeglichen werden, die ihnen entgegen ihrer Wünsche, Perspektiven, Ideale und Rechte aufgezwungen wurden.

X - Die Berufs- und Gewerkschaftsrechte der Arbeiter und Arbeiterinnen im Bildungsbereich und die freie Meinungsäusserung auf allen Bildungsniveaus und -formen müssen garantiert werden.

XI - Der Kampf für eine Verwandlung der Städte und der ländlichen Gebiete in pädagogische Räume soll verstärkt werden. Für die Errichtung einer "Bildungsstadt" sollen alle Ressourcen, in allen Bereichen und Instanzen, restrukturiert und mobilisiert werden.

Unter Berücksichtung dieser erkenntnistheoretischen, politischen und ethischen Referenzen, erklären wir unsere Verpflichtung, in allen Bereichen der Gesellschaften, denen wir angehören, zu mobilisieren und zu organisieren, um eine Weltbildungsplattform zu schaffen. Diese Plattform beinhaltet Prinzipien und Orientierungen, Perspektiven und Ziele, Strategien der Umsetzung und der Potenzialisierung von Ressourcen, regelmässige Bewertungen und Aufzeichnungen, Pläne, Programme und Bildungsprojekte, die alle Bildungsniveaus und alle Menschen der Erde einschliessen.

Die Plattform soll die Mobilisierung, gesellschaftliche Teilnahme und den demokratischen Entwicklung von Vorschlägen, die von unterschiedlichen Organisationsformen der Gesellschaft ausgearbeitet werden, fördern. Die Entscheidungsfindung und Konsolidierung von Meinungen erfolgt schrittweise, von der kleineren zur größeren Einheit, von der lokalen zur nationalen Ebene; ihr muss von den verschiedenen repräsentativen Instanzen, die in diesen Prozess integriert sind, zugestimmt werden. Dies soll die Dezentralisierung und Universalisierung der Entscheidungen garantieren.

Die Inhalte der Weltbildungsplattform werden formuliert und den Foren aller Länder, die an den ersten beiden Weltbildungsforen teilgenommen haben und allen Foren, die der Bewegung noch beitreten, vorgeschlagen. Die Konsolidierung wird mit dem III. Weltbildungsforum beginnen, und das Ziel wird sein, ein Bildungssystem zu schaffen, dass "eine andere Welt ermöglicht".

Übersetzerin: Anette Heiss, coorditrad@attac.org, Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, sig mdv-bw 23.02.2003

START DES INTERNATIONALEN NETZWERKS GEGEN STEUERFLUCHT

Sven Giegold, Wirtschaftswissenschafter bei Attac Deutschland

Das Netzwerk möchte das Problem der Steuerkonkurrenz lösen, indem es ein Informationsaustauschsystem über Einkünfte aus Kapitalvermögen und eine Reihe von Maßnahmen einführen will, die die Besteuerung von transnationalen Unternehmen gewährleisten.

Delegierte aus 14 Ländern (darunter Deutschland, Österreich, Schweiz, Spanien, Finnland, Kanada) haben ein weltweites Netzwerk gegen Steuerflucht und Steueroasen gegründet. Nach zwei Tagen voller fruchtbarer Diskussionen und Analysen beschloss die Gruppe, eine "Erklärung für Steuergerechtigkeit" zu entwerfen. Diese Erklärung soll weltweit von Organisationen unterzeichnet werden und als grundlegender zivilgesellschaftlicher Konsens über Besteuerung dienen. In einer Reihe von öffentlichen Veranstaltungen in Finanzzentren wie London, Zürich und Frankfurt wird die Erklärung der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Steuerkonkurrenz ist ein wachsendes Problem für die Wirtschaft von Entwicklungsländern ebenso wie für die Wohlfahrtssysteme der industrialisierten Welt. Da die Grenzen für Kapital offen sind, ist Steuerflucht einfach. Transnationale Unternehmen und wohlhabende Einzelpersonen nutzen Lücken in der Steuergesetzgebung und Steueroasen, um ihre Steuerbescheide zu schmälern. Nationalstaaten konkurrieren um mobile Unternehmen und Spareinlagen von Einzelpersonen, indem sie die Kapitalsteuerpflicht senken. Folglich werden Steuersysteme in zunehmendem Maße unfair. Diejenigen, die am meisten zahlen könnten, haben die besten Möglichkeiten, Steuern zu vermeiden. Gewöhnliche BürgerInnen müssen die Rechnung bezahlen, mit schlechteren öffentlichen Dienstleistungen und höheren Verbrauchssteuern. Zahlreiche Vorträge gaben beispielsweise Auskunft über die Auswirkungen der Steuerkonkurrenz in Peru oder Ecuador dar und betonten die Wichtigkeit von Besteuerung in Entwicklungsprozessen. Zwar wurden Fortschritte in Bezug auf Geldwäsche erzielt, jedoch wird Steuerhinterziehung auch in der Schweiz (mit mehr als 30% Marktanteil an ausländischer Vermögensverwaltung) nicht als Verbrechen angesehen. Deutschland erlebte unlängst Steuerkürzungen für Einkünfte aus Kapitalvermögen. Und die Politik der Europäischen Union zum Thema Steuerkonkurrenz wurden einige Fortschritte hinsichtlich des Einkommens aus Spareinlagen erreicht. Bezüglich der Besteuerung von Profiten transnationaler Unternehmen ist hingegen nichts Angemessenes unternommen worden.

Maßnahmen im Rahmen dieses Informationsaustauschsystems können beispielsweise abgestimmte Steuersätze sein, durch allgemeine Anwendung des Wohnsitzprinzips oder durch Einführung eines Systems zur einheitlichen Besteuerung. Die technischen Lösungen sind alle vorhanden. Zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen müssen auf politische Veränderungen drängen.

Kontakt zum Netzwerk:
Bruno Gurtner, bgurtner@swisscoalition.ch
PowerPoint-Präsentation über Steuerhäfen:
www.sven-giegold.de
Übersetzerin: Sonnja Mezger, sig bw 23.02.2003

WELTWEITES ATTAC-TREFFEN IN PORTO ALEGRE
Attac World Meeting

Delegierte aus 30 Ländern diskutierten neue Strukturen, Themen und Kampagnen:

Am Sonntag, den 26. Januar 2003, haben sich attac-Delegierte aus 30 asiatischen, afrikanischen, lateinamerikanischen und europäischen Ländern im Rahmen des Weltsozialforums in Porto Alegre getroffen. Susan George, Vize-Präsidentin von attac Frankreich, war von der großen Zahl der teilnehmenden Länder tief bewegt: "In den 30 Jahren meiner politischen Aktivität war ich noch nie so optimistisch wie heute." attac ist eine der acht Gruppen, die das Weltsozialforum in Porto Alegre organisiert haben. Die AktivistInnen einigten sich auf eine neue Kommunikationsstruktur, neue Themen und internationale Kampagnen: zum Stopp des GATS-Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen der Welthandelsorganisation (WTO), zur Schliessung von Steueroasen, zur Einführung der Tobin-Steuer und zum Widerstand gegen die geplante "Freihandelszone" im gesamten Amerika (FTAA/ALCA).

Nachdem attac als internationale Bewegung weiter wächst, wird die zukünftige Arbeit vermehrt auf kontinentaler Ebene stattfinden. In Porto Alegre wurden Treffen von attac Afrika, Amerika und Europa abgehalten. In diesen drei Kontinenten wächst attac am schnellsten.
Nicht zuletzt auf Grund dieser "Globalisierung" der Bewegung, erweitert sich die Agenda von attac:
Neben den traditionellen Themen der Finanzmärkte arbeitet attac jetzt an der gesamten Spannweite unfairer Handels-Regimes, und viele attacs sind zudem in Kampagnen gegen den Krieg im Irak aktiv. In Zukunft wird sich attac auf vier internationale Kampagnen konzentrieren, die teilweise global und teilweise kontinental sind. Die Kampagne gegen das "General Agreement on Trade in Services" (GATS) wird intensiviert, um dieses WTO-Abkommen zu stoppen, das auf Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen - inklusive Bildung, Kultur, Gesundheitsvorsorge und Wasserversorgung - abzielt. Susan George stellt fest: "GATS ist eine Bedrohung für die Menschen auf der gesamten Welt. Wir wollen einen Stopp der GATS-Verhandlungen erreichen, um die Konsequenzen der Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen zu evaluieren." Eine andere weltweite Kampagne beabsichtigt, alle Steuerparadiese zu schliessen und die Steuergerechtigkeit zwischen multinationalen und kleinen Unternehmen wie auch zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen herzustellen. Eine dritte Kampagne hat zum Ziel, die Tobin-Steuer auf europäischer Ebene zu etablieren. Schliesslich werden sich die attacs der Amerikas ihre Kräfte in der Opposition gegen die künftige Freihandelszone der beiden Amerikas (FTAA Free Trade Area of the Americas / ALCA - Área de Libre Comercio de las Américas) vereinen.

Die nächsten Stationen des "globalen Express" werden das G8-Treffen vom 1. bis 3. Juni 2003 in Frankreich und die 5. Ministerratskonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) im September 2003 in Cancún, Mexiko, sein. Dort stehen auch GATS und die Expansion der WTO in viele andere Bereiche auf der Agenda. Darunter sind beispielsweise das staatliche Beschaffungswesen und Investitionen. Für Evian ist eine gemeinsame Erklärung aller attacs der Welt vorbereitet.

Die neue website www.attac.info, die sich als Teil der unabhängigen Medien versteht, berichtet live und mehrsprachig von vielen internationalen attac- und Globalisierungs-Veranstaltungen. Während des Weltsozialforums sorgte eine Gruppe von 60 AktivistInnen in sechs Sprachen für Artikel, Fotos und Audio-Dateien. Darüber hinaus wird "attac.info" Informationen über internationale attac-Kampagnen bereitstellen.

Während des Treffens erklärten attac-AktivistInnen in Porto Alegre ihre Solidarität mit attac Schweiz und der alternativen Konferenz "Das andere Davos". Die attac-Delegierten übten scharfe Kritik daran, dass die Kundgebung in Davos von der Polizei nicht gestattet wurde und dass grundlegende Rechte ein weiteres Mal im Namen der neoliberalen Globalisierung beschränkt wurden.

Ehrenamtliche Übersetzung: Barbara Waschmann, attac.info home-team Österreich 26.01.2003

www.attac.info wurde von "coorditrad" und den sogenannten "attac.info home-teams" unterstützt. "coorditrad" ist ein Netzwerk von rund 700 ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die attac sowohl im laufenden Betrieb als auch fokussiert auf die Berichterstattung von Veranstaltungen bei der Bewältigung der sprachlichen Vielfalt unterstützen. Die "home-teams" wurden kurzfristig ins Leben gerufen, um aus der Ferne bei der Fülle des Materials mit zusätzlichen Übersetzungen tagesaktuell zu sein und mit Bildbearbeitungen zu helfen. Die Tele-Zusammenarbeit zwischen "coorditrad", "attac.info" und seinen "home-teams" verlief ausgezeichnet und es wurde darauf geachtet, dass - insbesonders bei ehrenamtlicher Tätigkeit - doppelt gemachte Arbeit vermieden wird. Die Deutsche Presseagentur (DPA) bezog sich auf "attac.info" als die umfangreichste Berichterstattung aus Porto Alegre und schrieb fleissig ab.
coorditrad@attac.org ist die Adresse des internationalen Sekretariats der ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen in der ganzen Welt. Sie können an diesem Netzwerk teilnehmen. Sie brauchen nur ihre Muttersprache(n) und die Sprachen, in die Sie übersetzen könnten, anzugeben. Sie können nach Ihrem Rhythmus und nach Ihren Interessen arbeiten.
Um doppelte Arbeit zu vermeiden, bitten wir darum, eigene Übersetzungsvorhaben coorditrad mitzuteilen.

Bericht Attac-Europa & Attac-Welt-Treffen

Sven Giegold

Neben zwei Tausend anderen Veranstaltungen fand auch ein Attac-Europa und ein Attac-Welttreffen in Porto Alegre statt. Auch die Attacs aus Lateinamerika hatten ein eigenes Treffen. Dabei waren mindestens Attacis aus 26 Ländern: Portugal, Spanien, Frankreich, Griechenland, Polen, Österreich, Burkina Faso, Nigeria, Bolivien, Chile, Argentinien, Brasilien, Finnland, Schweden, Norwegen, Japan, Elfenbeinküste, Venezuela, Kolumbien, Marokko, Italien, Dänemark, Quebec, Belgien, Uruguay & Deutschland.

Hier ein Bericht mit den wichtigsten Ergebnissen:

1. Attac Kampagnen & aktuelle Aktionen

WTO / GATS

Die europäischen Attacs tauschten sich stark zu den überall laufenden GATS-Kampagnen aus. Zielrichtung für die kommenden WTO-Verhandlungen ist dabei: GATS-Verhandlungen stoppen, Ausweitung der WTO in neue Bereiche verhindern (Investitionen, öffentliche Ausschreibungen, Wettbewerb) und das Konzerninteresse in der WTO zurückdrängen. Die GATS-Kampagne läuft in allen europäischen Ländern. Die lateinamerikanischen Attacs konzentrieren sich eher auf ALCA/FTAA (die panamerikanische Freihandelszone, gleichbedeutend mit der Erweiterung der NAFTA auf den ganzen amerikanischen Kontinent). Außerdem mobilisieren die lateinamerikanischen Attacs stark nach Cancùn, während in Europa parallele Aktionen geplant sind.

Tobinsteuer

Die Tobinsteuer-Kampagne läuft weiter. Es gibt Pläne in Venezuela die Tobinsteuer einzuführen. Es soll versucht werden Südafrika, Brasilien und weitere Länder zu motivieren, zu einer gemeinsamen Tobinsteuer-Konferenz einzuladen. Ferner steht ein Tobinbeschluss des belgischen Parlaments bevor. Ein Entwurf für einen Vertragstext für die Einführung zwischen Staaten ist inzwischen erstellt und kann für die Kampagnenarbeit verwendet werden.

Steuerflucht

Auf dem Sozialforum wurde ein internationales Netzwerk gegen Steuerflucht gegründet. In einer gemeinsamen "Erklärung für Steuergerechtigkeit" von verschiedenen Organisationen soll eine gemeinsame Position samt Forderungen an die Öffentlichkeit gebracht werden. Die Veröffentlichung ist für Ende März geplant.

Evian

Aus den anwesenden europäischen Attacs wird nach Evian mobilisiert. In 15 km Entfernung gibt es enge Kooperation mit einer Stadt, wo Raum zum Campen und für eine Gegenkonferenz zur Verfügung steht. Politisch wird der G8 unter den Wirkungen des Irak-Krieges bzw. der Konflikte darum stehen. Attac reagiert mit der "G-monde Erklärung".

2. Neue Projekte

G-Welt-Erklärung

Attac Frankreich plant direkt vor dem G8-Treffen in Evian mit VertreterInnen aus allen Kontinenten eine Erklärung zu verabschieden. Diese soll die Illegititmität der G8 zeigen und unsere Forderungen herausstreichen.

Globales Netzwerk sozialer Bewegungen

Auf Vorschlag des Vorbereitungskomittees für das Weltsozialforum in der Region Rio Grande do Sul arbeitet eine Gruppe an der Einrichtung eines Informationsnetzwerkes sozialer Bewegungen. Dieses soll einen besseren Informationsfluss zwischen Bewegungsinitiativen und den weltweiten Sozialforen ermöglichen. Der Vorschlag traf auf grundsätzliche Zustimmung und wird von Attac Frankreich praktisch unterstützt. Mehr Informationen: www.redesocialmundial.org

Europäische Sommeruniversität

Das Projekt Europäische Sommeruniversität wird weiterverfolgt. Sie soll im Sommer 2004 stattfinden. Als Veranstaltungsorte sind Straßburg und Freiburg/Breisgau im Gespräch.

3. Verbesserung der internationalen Koordination

Das neue internationale Web-Portal www.attac.info wird weiter ausgebaut. Während zweier Veranstaltungen (Florenz, Porto Alegre) lief dort online-Berichterstattung mit vielen VolontärInnen. Bald sollen dort Seiten zu den internationalen Kampagnen hinzukommen.
Außerdem wurden die internationalen Mailinglisten vorgestellt, die über www.attac.org zu abonnieren sind: Eine Liste für alle Presseinformationen der Attacs, eine Liste für lokale Gruppen im Vorfeld des G8 und thematische Listen zur Tobinsteuer und zum GATS.

Verden, 05.02.2003

ANALYSEN

IN DEN ZWICKMÜHLEN DES ERFOLGS

Eine Bilanz des Dritten Weltsozialforums in Porto Alegre von Peter Wahl*

Das Dritte Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre hat noch einmal eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr gebracht. Nicht nur quantitativ - die Teilnehmerzahl hat sich auf 100.000 verdoppelt –, auch die politische Außenwirkung und die Sichtbarkeit in den Medien haben noch einmal deutlich zugenommen. Dies ist umso bedeutender angesichts einer politischen Konstellation, die durch einen drohenden Krieg und die immer deutlicher zu Tage tretende Krisenhaftigkeit des Neoliberalismus gekennzeichnet ist. Eine zentrale Botschaft von Porto Alegre war denn auch: die Mehrheit der Menschen auf unserem Planeten ist gegen diesen Krieg. Das WSF 2003 hat gezeigt, dass die Kräfte gegen Krieg und Neoliberalismus stärker werden. In Kabinetten, Konzernzentralen und einschlägigen Think Tanks wird man zur Kenntnis nehmen müssen, dass die globalisierungs-kritische Bewegung kein Strohfeuer war, sondern ein politischer Faktor, mit dem zu rechnen ist.

Politische Breite nimmt zu

Die globalisierungskritische Bewegung ist im Laufe des vergangenen Jahres nicht nur zahlenmäßig stärker geworden. Auch ihre politische Zusammensetzung verändert sich. War es zunächst die Linke jenseits der Sozialdemokratie, die bisher die Hauptkraft ausmachte, integrieren sich jetzt auch zunehmend Sektoren, die bisher allenfalls als gemäßigte Kritiker der Globalisierung auftraten. So war die stärkere Präsenz von Gewerkschaften, Kirchen und etablierten Verbänden dieses Jahr in Porto Alegre auffällig. Die politische Basis der Globalisierungskritik wird breiter. Symptomatisch hierfür war auch die deutsche Delegation. Abgesehen davon, dass sich die Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr von 100 auf 400 vervierfacht hatte, gab es dieses Mal eine starke Präsenz des DGB. Für die evangelische Kirche war Bischöfin Käßmann angereist, ebenso wie Greenpeace und der Dachverband der entwicklungspolitischen Hilfswerke VENRO. Die stärkste Gruppe bildete freilich nach wie vor ATTAC mit 50 Personen. ATTAC dominierte auch die Medienwahr-nehmung in Deutschland. Ob die neue Qualität deutscher Beteiligung wirklich politische Substanz hat, wird sich allerdings noch zeigen müssen, wenn es um die Beteiligung am europäischen Sozialforum (im November 2003 in Paris) und um die Kooperation in der Bundesrepublik geht.

Vielfalt - Stärke oder Schwäche?

Diese Entwicklung wirft natürlich neue Fragen auf. Wenn die Globalisierungskritik über die Kritik hinausgelangen und reale Veränderungen durchsetzen will, dann wird die klassische Linke allein nicht stark genug sein, auch wenn der Zustrom von vor allem jungen Leuten in linke Organisationen und eine wachsende Attraktivität grundlegender Gesellschaftskritik unverkennbar ist. Mit der Beteiligung neuer Akteure wächst die Pluralität der Bewegung, und die Herstellung politischer Handlungs-fähigkeit wird komplizierter. Wird diese Situation entlang der traditionellen Reflexe bearbeitet - hier Angst vor Integration, dort vor Radikalisierung – ist das Weitere abzusehen: machtpolitische Auseinandersetzung um Hegemonie, oder allenfalls eine “friedliche Koexistenz" von ansonsten unverbunden nebeneinander her agierenden Kräften.

Ersteres wird schnell zu den sattsam bekannten zentrifugalen Effekten, sprich Spaltungs- und Verfallsprozessen führen, letzteres zu einem konsequenzenlosen “Markt der Möglichkeiten". Vielfalt als Schwäche also. Eine politische Perspektive jenseits dieses Dilemmas läge darin, Vielfalt zu einer politischen Produktivkraft zu machen. Erste Voraussetzung ist dabei, die unterschiedlichen Positionen als Ausdruck eines objektiv pluralen politischen Feldes zu akzeptieren und die jeweils andere Position nicht als intellektuelles Unvermögen, moralisch minderwertig oder politische Perfidität zu bewerten. Zweitens müsste die Bereitschaft zur diskursiven Bearbeitung der Unterschiede vorhanden sein und zwar so weit wie möglich ohne machtpolitische Hilfsmittel wie Geld, privilegierter Zugang zu Medien etc. Das heißt, Instrumente, Arbeitsformen und Verfahren innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung zu entwickeln, die Dialog, Diskussion von Kontroversen ermöglichen.

Dies setzt drittens voraus, auf a priori feststehende Wahrheiten zu verzichten, die dem jeweils anderen nur noch beizubiegen sind. Oder wie Fausto Bertinotti, Chef der italienischen Rifundazione Comunista bereits letztes Jahr in Porto Alegre für sein eigenes Lager sagte: “Die politischen Kräfte der Linken, Kommunisten und andere, müssen aufhören in Kategorien ideologischer Überlegenheit und Avantgardismus zu denken und zur Kenntnis nehmen, dass niemand mehr bereit ist ein derartiges ex cathedra zu akzeptieren."(1)

Es geht also um die Entwicklung einer neuen politischen Kultur als Voraussetzung dafür, dass die globalisierungs-kritische Bewegung von einem spontan entstandenen Sammelbecken zu einem eingriffsfähigen Alternativprojekt zum Neoliberalismus wird.

Der Lula-Effekt

Einiges Anschauungsmaterial dafür, wie dieses Projekt funktionieren könnte, findet sich möglicherweise in der brasilianische Erfahrung. Der Wahlsieg von Lula, der beträchtlich zur internationalen Ausstrahlung des WSF beitrug, verdient es, genauer analysiert zu werden. Er ist nämlich das Resultat eines langen Prozesses der Bildung von Allianzen und des produktiven Miteinanderauskommens unterschiedlicher politischer Strömungen. Die Regenbogenkoalition der PT, der Partei Lulas, muss ja nicht gleich als Modell für den Rest der Welt genommen werden, aber die Tatsache, dass sie es geschafft hat, eine Mehrheit des bevölkerungsreichsten Landes Lateinamerikas hinter sich zu bekommen, sollte uns neugierig darauf machen, wie dieser erstaunliche Erfolg zustande kam.

Allerdings, und hier liegt eine der Schwächen des Dritten Weltsozialforums, hat diese Art von Diskussion noch zu wenig stattgefunden. Eine der rühmlichen Ausnahmen war eine Veranstaltung von "Focus on the Global South" (die Organisation von Walden Bello) und der "Friedrich Ebert Stiftung". Hier saßen erstmals ein Vertreter des IBFG und die argentinischen Piqueteros auf einem Podium und diskutierten miteinander, ebenso wie der internationale Metallarbeiterbund und die ANC-kritische Bewegung gegen die Privatisierung der Wasser- und Elektrizitätsversorgung in den südafrikanischen Townships, oder die brasilianische CUT und eine indische Arbeiterin, die Gewerkschaft als soziale Bewegung jenseits der Apparate begreift. Die Diskussion zeigte zwar eher die Schwierigkeiten auf, als dass greifbare Ergebnisse herauskamen. Mitunter wurde auch einfach aneinander vorbeigeredet. Aber es war der Anfang eines Prozesses, der, wenn er denn konsequent weiter geführt wird, vielversprechend ist.

An die Grenzen gestoßen

Eine soziale Bewegung braucht von Zeit zu Zeit Großveranstaltungen wie das WSF.
Nicht nur wegen der Außenwirkung, sondern auch wegen der identitätsstiftenden Wirkung nach innen. Allerdings hat das WSF 2003 auch die Grenzen solcher Mammutveranstaltungen klar gemacht. So war eine gewisse Tendenz zum Manifestativen und Plakativen unübersehbar. Das heißt nicht, dass nicht auch Großforen mit tausend und mehr Teilnehmern Wissen vermitteln und interessante Diskussionen bieten können. Aber der andere Zweck des WSF, die inhaltliche Auseinandersetzung, die konkrete Vernetzung, die Entwicklung von Alternativen auf partizipativer Grundlage voranzubringen funktioniert natürlich am besten in kleinen Formaten. Zwar haben auch davon mehrere Hundert stattgefunden – viele durchaus mit Erfolg - aber insgesamt haben sich die Gewichte etwas zu den großen Frontalveranstaltungen verschoben.
Hauptursache für diesen Trend war der Ansturm von 100.000 Teilnehmern, der sich natürlich leichter in großen Veranstaltungen auffangen lässt. Hinzu kamen drei Wahlkämpfe in der zweiten Jahreshälfte 2002: kommunal, in der Provinz Rio Grande do Sul und die brasilianische Präsidentschaftswahl. Die organisatorische Infrastruktur der Stadt, ohne die ein solches Großereignis nicht zu machen ist, war damit überfordert, zumal die PT die Provinzwahlen verloren hatte. Da durch den Präsidentenwechsel in Brasilia über 20.000 Beamte ausgewechselt werden und Porto Alegre als Hochburg der PT eine erkleckliche Anzahl von Leuten in die Bundesregierung entsendet, fehlte es plötzlich auch an erfahrenem Personal. Aus all diese Gründen gab es, anders als im Vorjahr, zahlreiche organisatorische Probleme, unter denen die kleinformatigen Veranstaltungsformen überdurchschnittlich litten. Wenn das Risiko der Stagnation bei der inhaltlichen und politischen Entwicklung des Sozialforums vermieden werden soll – ein Problem, das auch beim europäischen Sozialforum in Florenz im vergangenen November bereits sichtbar wurde - muss den kleinformatigen Veranstaltungen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Überlegenswert ist auch, ob nicht ein Zweijahresrhythmus des globalen Forums Sinn macht, alternierend mit den kontinentalen Foren, wie überhaupt über eine Entzerrung und Dezentralisierung nachgedacht werden muss. Letztlich wird das Gewicht der globalisierungskritischen Bewegung nur so groß sein, wie ihre Mobilisierungsfähigkeit im nationalstaatlichen Rahmen und vor Ort.

Nächstes WSF in Indien

Das nächste WSF wird in Indien stattfinden. Das ist eine kluge Entscheidung. Angesichts der natürlichen Dominanz von Teilnehmern aus dem Gastland einer solchen Veranstaltung ist ein Wechsel auf einen anderen Kontinent eine Bereicherung. Eine Fixierung auf Porto Alegre führt auf Dauer zu Exklusivität, so sympathisch gerade uns Europäern Brasilien auch ist.
Sicher wird das Forum in Indien kleiner sein, aber das kann als Vorteil genutzt werden.
Der kulturell völlig anders gelagerte Kontext in Indien wird andere Sichtweisen, andere Erfahrungen einführen. Es werden dabei sicher auch neue Probleme auftreten. Auf alle Fälle aber wird das WSF 2004 sehr spannend.

** Der Autor ist Mitarbeiter von "WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung" und Mitglied des Koordinierungskreises von ATTAC Deutschland.*

(1) Reinventing Left Politics, Towards a Socialist programme for the Second Globalisation; Speech delivered at the TNI / Transnational Institute's Seminar: Political Visions for the 21st Century; Worlds Social Forum, Porto Alegre 2002.

JENSEITS VON NEO-LIBERALISMUS - Eine Europäische Perspektive

Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Universität Bremen,
Europäische WirtschaftswissenschafterInnen für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa

World Social Forum in Porto Alegre, 22.-28. Januar 2003

1. Die Folgen von 25 Jahren Neo-Liberalismus liegen jetzt sehr klar auf der Hand. Ihr gemeinsamer Nenner ist Ungleichheit, Unsicherheit, Ent-Demokratisierung und wachsende Aggressivität. Sie zeigen sich im steilen Anstieg der Armut, in Massenarbeitslosigkeit, in Einschnitten in der Sozialversicherung und andere öffentliche Güter, in der Verringerung von Gelegenheiten zur Teilnahme am politischen und kulturellen Leben und in verstärkter Militarisierung nach innen und außen. Im Gegensatz zu dieser generellen Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschen hat eine kleine Minderheit von reichen und mächtigen Menschen und vor allem transnationale Unternehmen von dieser Entwicklung außerordentlich profitiert und ihren Wohlstand und ihre Macht zu Hause und in der Welt immens vergrößert.

2. Dennoch blieben neo-liberale Strategien nie unangefochten und inzwischen sind sie mit einer wachsenden Welle von Kritik und Widerstand auf der ganzen Welt konfrontiert. Soziale Bewegungen haben die Schäden und Ungerechtigkeiten der neo-liberalen Globalisierung in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gerückt. Theoretische Kritik und politische Demonstration gehen Hand in Hand und die Bewegungen haben sich an die Ausarbeitung einer alternativen Weltanschauung gemacht, deren Eckpunkte Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität sind, als Alternativen zu uneingeschränkter Gier, Konkurrenzkampf und Tyrannei des Stärksten.

3. Europa und besonders die EU finden sich in einer einzigartigen und mehrdeutigen Situation wieder. Einerseits haben alle Mitgliedsländer in der Vergangenheit relativ hohe Standards für ökonomische Leistung, Sozialversicherung, demokratische Kultur und ihre Institutionen etabliert. Diese bilden trotz der starken nationalen Unterschiede ein gemeinsames europäisches Erbe. Andererseits ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU zur Zeit offenbar auf der neo-liberalen Straße der Gegenreform. Der Binnenmarkt und die Währungsunion, die "Modernisierung" - d.h. Privatisierung - der Sozialversicherungssysteme, die Finanzmarktreformen und die Bemühungen, eine europäische Militärinterventionsmöglichkeit zu schaffen, sind deutliche Indikatoren dafür. Drittens aber hat der Neo-Liberalismus in Europa nicht gewonnen, und er hat weniger erreicht als in anderen Teilen der Welt, wie in den USA, in Lateinamerika oder in Russland und einigen osteuropäischen Ländern. Viele Gegenreformen haben gerade begonnen, die meisten sind nicht beendet. Die EU ist ein Nachzügler beim Neo-Liberalismus. Das gibt uns den Vorteil des Schlußlichts: Die Konsequenzen der neo-liberalen Strategie können in anderen Teilen der Welt beobachtet werden, bevor das Modell von umfassenden Gegenreformen in Europa erfolgreich in die Tat umgesetzt ist. Das ist die Gelegenheit für Europa, der weiteren Ausdehnung des Neo-Liberalismus Widerstand zu leisten und eine alternative europäische Entwicklungsstrategie zu verfolgen.

4. Die interne Seite dieser europäischen Entwicklungsstrategie ist die Bewahrung, Ausdehnung und Verbesserung des europäischen Sozialmodells. Sie basiert auf spezifischen Eckpunkten für eine alternative Entwicklung: Vollbeschäftigung, bedingungslose Wohlfahrt für jedeN, mehr Gleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft, Nachhaltigkeit bezüglich der Natur und die Partizipation an der Wirtschaftskontrolle. Die politischen Schritte, diese Ziele zu erreichen, erstrecken sich von sofortigen Maßnahmen zur Beschäftigungserhöhung, über mittelfristige Reformen wie der Steuerpolitik, bis hin zu tiefgreifenden, vollständigen Veränderungen der Institutionen, zum Beispiel im Hinblick auf die Finanzpolitik oder auf die Bereitstellung von öffentlichen Gütern. All dies ist sinnvoll und durchführbar, aber ohne starke öffentliche Debatten, Einmischung und Mobilisierung wird nichts erreicht werden.

5. Die externe Seite einer alternativen europäischen Entwicklungsstrategie ist der Aufbau und die Stärkung eines europäischen Kooperationsmodells, dessen Eckpunkte Frieden, internationale Demokratisierung und Solidarität sind. Es weist Krieg und jede mögliche Form militärischer Aggression als Mittel zur Konfliktlösung zurück und besteht darauf, dass in diesem Zusammenhang der UN eine entscheidende Rolle zukommt. Gleichzeitig sollte die EU auf die Demokratisierung der UN und anderer globaler Institutionen - Internationaler Währungsfond (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) - drängen, um den Entwicklungsländern wirkungsvolleres Gewicht zu geben. Europa muss außerdem eine Pionierrolle bei der Schuldenstreichung für Länder der Dritten Welt, bei der Beschaffung öffentlicher Entwicklungshilfegelder und bei der planmäßigen Öffnung der europäischen Märkte für Importe aus dem Süden spielen.

6. Die zwei gemeinsamen Nenner aller dieser internen und externen Maßnahmen sind einerseits die Umverteilung von Vermögen, Einkommen und Zugang zu den materiellen und immateriellen Ressourcen für ein annehmbares Leben und andererseits die vollständige Demokratisierung, um den Menschen das Entscheidungsrecht über die Art, wie sie leben möchten, zu geben. Diese gemeinsamen Nenner schaffen auch die Verbindung zum Kampf gegen Neo-Liberalismus in anderen Teilen der Welt.

7. Die Entwicklung in unmittelbarer Zukunft, d.h. in den folgenden Wochen und Monaten, könnte von entscheidender Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der EU und auch der Welt sein. Wenn die Friedens- und andere soziale Bewegungen darin Erfolg haben, so viel Druck auf die europäischen Regierungen und die EU auszuüben, dass die gegenwärtig zerbrechliche negative Einstellung gegenüber einem militärischen Angriff gegen den Irak stabilisiert wird und ihren Ausdruck in der Ablehnung einer UN-Sicherheitsrats-Resolution zugunsten des Krieges findet - und in der Ablehnung der europäischen Regierungen, am Krieg teilzunehmen oder ihn zu unterstützen - , dann haben wir einen grossen Schritt in Richtung einer alternativen Entwicklungsperspektive für Europa gemacht. Sogar dann würde viel zu tun bleiben, bevor ein spezifisch europäisches Sozial- und Kooperationsmodell fest etabliert ist. Aber das Fundament wäre gelegt und die weitere Entwicklung wird einfacher sein. Deshalb ist es notwendig und lohnend, dass wir uns alle in unseren Bemühungen, diesen Krieg zu verhindern, vereinigen, und wenn er kommt, die Kriegsherren im Norden möglichst stark zu isolieren.

Übersetzerin: Sonnja Mezger, sig bw 21.02.2003

WIEDERGEWINNUNG WIRTSCHAFTLICHER SOUVERÄNITÄT

Demba Moussa Dembele
Wirtschaftswissenschaftler, Leiter vom "Forum for African Alternatives", Senegal

Alternative Strategien zur Erreichung von Schuldenstreichung und öffentlicher Kontrolle über Kapitalströme, um Armutsverringerung und das Recht auf Selbstbestimmung und Entwicklung zu fördern.

TeilnehmerInnen:
Carole Pierre-Paul, SOFA, Haiti - Eric Toussaint, CADTM, Belgien - Osvaldo Martinez, Alianza Social Continental, Cuba (bestätigt) - Demba Moussa Dembele, Jubillee South Africa, Senegal - Beverly Keene, Dialogo 2000, Argentinien (bestätigt) - John Dillon, Kairos, Kanada - Donna Andrews, Asia-Pacific Network on Debt and Development, Südafrika- Luís - Fernando, ATTAC, Brasilien

VORSCHLAG

Schulden und freier Kapitalfluss wurden von den Industrieländern dazu benutzt, Entwicklungsländer, insbesondere in Afrika, ihres souveränen Rechtes auf die Gestaltung von Wirtschafts- und Sozialpolitik im wirklichen Interesse ihrer eigenen Bevölkerung, zu berauben.
Von dieser Perspektive aus werde ich zeigen, wie Schulden benutzt wurden, um die Herrschaft aufrechtzuerhalten und die Plünderung von Afrikas Bodenschätzen fortzusetzen.
Schulden werden von multilateralen Institutionen benutzt, um eine Politik aufzuzwingen, die Afrikas Abhängigkeit vergrößert und den Boden für die Aneignung afrikanischer Bodenschätze durch multinationale Konzerne zu bereiten.
Schulden wurden benutzt, um Handels- und Investitionsliberalisierung zum Nutzen multinationaler Unternehmen und Finanzspekulanten durchzusetzen.
Schulden haben unsere Staaten soweit geschwächt, dass sie nicht mehr in der Lage sind, die allergrundlegendsten Bedürfnisse ihrer BürgerInnen zu befriedigen.
Am schlimmsten ist, dass Schulden zum Instrument für einen massiven Reichtumstransfer vom Süden, speziell aus Afrika, in den Norden geworden sind.

Dies wurde verschlimmert durch das Aufweichen von Kapitalverkehrskontrollen, veranlasst durch die neoliberale Globalisierung. Kapitalliberalisierung beschleunigte den Transfer von Reichtum in den Norden durch gesteigerte Kapitalflucht aus Afrika und anderen Entwicklungsländern. Sie beraubte unsere Staaten der Kontrolle über ihre Geld- und Finanzpolitik. Kapitalliberalisierung hat die lokale Kapitalbildung ausgehöhlt. Schulden und Kapitalliberalisierung haben die Kluft zwischen Nord und Süd und die beispiellose Polarisierung von Reichtum und Besitz in der Welt vergrößert.
Sie spielen eine führende Rolle in der explosionsartigen Verbreitung von Armut in der Welt über die letzten zwei Jahrzehnte. Beide untergraben demokratische Institutionen, auf nationaler und internationaler Ebene.

STRATEGIE

Um die Souveränität unserer Länder wiederherzustellen, schlage ich die folgende Politik vor:
Hinsichtlich der Schulden, ist die einzige Lösung ihre bedingungslose Annullierung. Ich werde zeigen, dass dieser Aufruf auf einer soliden historischen, ökonomischen und moralischen Grundlage beruht.
Der Aufruf geht von der Illegitimität der Schulden aus. Ich argumentiere, dass die Annullierung der Schulden Teil der Reparationen an unsere Völker für die jahrhundertlange Unterdrückung und Ausbeutung und für die ökologische Zerstörung unserer Länder ist.
Ich werde ebenfalls aufzeigen, dass das, was Gläubiger aus dem Norden und multilaterale Institutionen "Lösungen" nennen, nur Ablenkungsmanöver sind, um das Schicksal unserer Länder immer stärker zu bestimmen.
Ich werde die Tatsache unterstreichen, dass die Annullierung der Schulden eine Vorbedingung für die Erfüllung der Millenium- Entwicklungsziele (MDGs) für die Entwicklungsländer, speziell die ärmsten davon, ist.
Er ist auch eine Voraussetzung zur Schaffung von Bedingungen für nachhaltige Entwicklung.
Anhand von Beispielen werde ich illustrieren, wie Schuldendienst die Zukunft von Hunderten Millionen von Kindern in allen verschuldeten Ländern belastet, speziell in Afrika.
Mit einem Wort: nur die Annullierung der Schulden kann diesen Ländern eine Chance auf einen Neuanfang geben und sie in die Lage versetzen, ihr grundlegendes und unveräußerliches Recht wieder zu erlangen, ihre Entwicklung und ihr Schicksal selber zu gestalten.

Kapitalkontrollen werden die Fähigkeit der Entwicklungsländer potenzieren, über mehr finanzielle Mittel zu verfügen und sie in die Lage versetzen, in ihren eigenen Ländern zu investieren.
Ich werde zeigen, wie die Kontrollen vom Kapitalfluss den negativen Einfluss von Spekulationen dämpfen, und damit die Bedingungen für langfristige Entwicklungsstrategien verbessern werden. Fügt man eine Tobin- und andere Transaktionssteuern hinzu, könnten immense Ressourcen geschaffen werden, um Entwicklung und globale öffentliche Güter zu fördern.

Als Schlussfolgerung werde ich argumentieren, dass sowohl die Annullierung der Schulden als auch Kapitalkontrollen zur Verringerung der Armut und zur Wiederherstellung demokratischer Kontrolle über Wirtschafts- und Sozialpolitik auf nationaler wie internationaler Ebene beitragen.

Porto Alegre, 24. Januar 2003

Übersetzerin: Ulrike Neundorf, coorditrad@attac.org, Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, sig mdv-bw 23.02.2003

DEMOKRATISCHE STRATEGIEN ZUR LÖSUNG INTERNATIONALER KONFLIKTE

Michael Warschawsky, Alternative Information Center (AIC) in Israel

Weltsozialforum, 26. Januar 2003

Notwendige Bedingungen und mögliche Strategien für friedliche Lösungen in internationalen Konflikten. Wie können diese gefunden werden? Wie können wir Friedensbewegungen bilden, um uns gegen bewaffnete Konfliktlösung zu stellen?

Podiumsdiskussion:
- Michel Warchawsky, AIC, Israel
- Roger Burbach, Center for the Study of Americas, United States
- Guillermo Kerber, World Council of Churches, Tanzania
- Magdala Velasques, Red de Mulheres del Sur Ocidente, Colombia
- Rajji Lallat, Latif, Mauritiu

DISKUSSIONSBEITRAG

Der Mittlere Osten ist in diesem Moment Schauplatz eines doppelten Konflikts:
- des amerikanischen Kriegs gegen den Irak;
- der israelischen Befriedungskampagne gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten.

Diese zwei Angriffe müssen jetzt gestoppt werden!
Das Weltsozialforum muss sich fragen, wie die Menschen in der Welt, die in ihrer riesengroßen Mehrheit gegen diese Kriege sind, handeln können. Welcher Strategie müsste man folgen, um diese Konflikte zu lösen?

Methodische Bemerkungen:

Konzepte wie "Frieden", "Konfliktlösungen", "Gewalt" und auch "Krieg" müssen mit Inhalt gefüllt werden. Angriffskriege wurden unter dem Titel "Friedenssicherung" geführt, und ein Polizeiangriff auf Jugendliche in einer ärmlichen Gegend in Los Angeles wird als "Krieg" präsentiert. Streiks werden als "Gewalt" bezeichnet, während Streikbrechen als legitime Selbstverteidigung hingestellt wird.
Es gibt keine "Konflikte": Es gibt Angriffe, Befreiungskämpfe, legitime Streiks, Selbstverteidigung usw. Alle diese Konzepte bedeuten nichts, wenn sie von Rechtskonzepten losgelöst sind.

Wie man keine Konflikte löst – der Fall Israel-Palästina:

Der Oslo Prozess ist ein klares Beispiel dafür, wie man einen internationalen Konflikt NICHT löst.

Er schlug aus folgenden Gründen fehl:
- Er basierte auf der Annahme eines "Konflikts" (wie bei zwei miteinander kämpfenden Kindern) und nicht auf der einer Besetzung;
- Im Endergebnis wurde davon ausgegangen, dass die beiden Seiten symmetrisch seien und nicht, dass die eine Seite die andere dominiert;
- Das Konzept von Rechten (inklusive der UN Resolutionen und der internationalen Konventionen) wurde von den Verhandlungen ausgeschlossen und durch "Kompromisse" ersetzt;
- Es gab keine internationale Garantie, das ungleiche Kräfteverhältnis auszugleichen und die Umsetzung der unterschriebenen Vereinbarungen sicherzustellen.

In einem solchen Rahmen würde jede "Lösung" des israelisch-palästinensischen Konfliktes eine palästinensische Kapitulation erfordern. Die Tatsache, dass die Palästinenser das israelische Diktat nicht akzeptieren, führt dazu, dass die Kapitulation militärisch erzwungen wird.

Demokratische Strategien:

Ziel: Den Angreifer zwingen, seine Angriffe zu stoppen und die Einhaltung der Rechte der Angegriffenen zu akzeptieren.

- Aus der Sicht der Unterdrückten haben sie nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, gegen ihre Unterdrückung zu widerstehen, mit allen für passend gehaltenen Mitteln (ziviler, militärischer Widerstand usw.). Eine demokratische Konzeption schliesst aber immer aus, dass auf einem legitimen Weg zum Erreichen der Freiheit unschuldige Zivilisten getroffen werden.

- Aus der Sicht der demokratischen Kräfte innerhalb des unterdrückenden Lagers ist es ihre Pflicht,
(a) die Mehrheitsmeinung in ihrer eigenen Gesellschaft zu ändern und verständlich zu machen, dass "ein Volk, das ein anderes unterdrückt, nicht frei sein kann";
(b) aktive Solidarität mit der unterdrückten Seite zu zeigen.

- Aus der Sicht der weltweiten demokratischen Bewegungen können drei Hauptaufgaben identifiziert werden:
(a) für die Rechte der unterdrückten Seite eintreten und sie durch solidarische Aktionen und durch Druck (Boykott u.ä.) auf die angreifende Seite stärken;
(b) Druck auf die Institutionen (Regierungen, UN) ausüben, um die Umsetzung der entsprechenden internationalen Resolutionen und Konventionen zu garantieren;
(c) dazu beitragen, dass ein direkter Dialog zwischen den Menschen der beiden Konfliktparteien gefördert wird.
- In allen drei Bereichen: eine politische Lösung finden, die dem Konflikt ein Ende setzt, auf der Basis der Anerkennung der grundlegenden Rechte beider Seiten.

Offene Fragen:

Zwei Hauptpunkte müssen vertieft diskutiert werden:

(1) Interventionspolitik der internationalen Gemeinschaft (unter der Bezeichnung der humanitären Intervention) kann Ausdruck einer internationalen Verantwortlichkeit gegenüber den Schwachen sein; sie kann aber auch leicht Deckmantel für Großmachtpolitik und für einen Angriff auf nationale Souveränität sein.

(2) Können die internationalen Institutionen (wie die UN) von demokratischen Bewegungen für einen Frieden auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit genutzt werden?

Dringende Aufgaben, die den Konflikt im Mittleren Osten betreffen:

Palästinensische Strategien:
Das palästinensische Volk und seine Nationalbewegung muss selbst entscheiden, welches die beste Strategie für den Widerstand und für die Erlangung von Unabhängigkeit und Freiheit ist. Wie auch immer, sowohl die internationalen sozialen Bewegungen als auch die Kräfte gegen die Besatzung können mit ihren eigenen Erfahrungen zur internen palästinensischen Diskussion beitragen, wenn die Palästinenser es wünschen.

Strategien für Frieden in Israel:

Die Strategie des "Israel peace movement" sollte sich auf vier Pfeiler stützen:

- Die öffentliche Meinung innerhalb Israels ändern, inklusive der Unterstützung im Gebrauch bestimmter externer Druckmittel, die einen positiven Effekt auf die lokale öffentliche Meinung ausüben können; das schliesst u.a. ein, die israelische Öffentlichkeit über die Realität von Repression zu informieren und über die Existenz von starken Kräften innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft und der Nationalbewegung, die sich für Frieden aussprechen.

- aktive Solidarität mit dem Widerstand des palästinensischen Volkes organisieren (sowohl materiell als auch politisch);

- zivilen Widerstand in Israel selbst organisieren (wie die Weigerung von Soldaten, in den besetzten Gebieten zu dienen);

- den Palästinensern bei Unterstützungsaktionen im Ausland beistehen, um internationalen Schutz zu erzielen und die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zu unterstützen.

Die Strategie der internationalen Bewegungen:

Auch hier kann man vier Prioritäten feststellen:

- eine internationale Massenbewegung gegen den Irakkrieg mobilisieren (und gegen die weltweite US-Britische Kriegstaktik), wie auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz beschlossen wurde;

- Stärkung und Koordination internationaler ziviler Missionen zum Schutz des palästinensischen Volkes, wie in Florenz beschlossen und mit deren Umsetzung im Dezember in Brüssel begonnen wurde;

- international koordinierte Kampagnen für (a) eine internationale Schutztruppe der UN, (b) die Aussetzung von Handelsabkommen mit Israel, (c) ein Ende der Siedlungspolitik und der Besetzung, (d) das Rückkehrrecht der Flüchtlinge, (e) ein internationales Tribunal zur Untersuchung der israelischen Kriegsverbrechen;

- Druck auf die Regierungen, um eine internationale Friedenskonferenz auf der Grundlage der UN-Resolutionen durchzusetzen, sowie eine internationale Eingreiftruppe, die der UN verantwortlich ist und die Umsetzung der UN-Resolutionen in einem klaren und schnellen Zeitrahmen überwacht.

Übersetzerin: Monika Bootz, coorditrad@attac.org, Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, sig mdv-bw 21.02.2003

Die Redaktion von "Sand im Getriebe" weist auf den **Beschluss von ATTAC Frankreich zu Palästina**, veröffentlicht in "Sand im Getriebe 14" und auf einen **Text der israelischen Friedensorganisation Gush-Shalom "80 Thesen für ein neues Friedenslager"** hin.
Beide Texte können unter der Rubrik "Debatten" auf der ATTAC-Homepage von Deutschland, www.attac.de/debatte/index.php, aufgerufen werden.

Es gibt eine Fülle von sehr informativen **Internetadressen**, hier nur einige:
www.palaestina.org; www.palestinemonitor.org;
www.gush-shalom.org; www.jewishvoiceforpeace.org
Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina (Schweiz) www.jvjp.ch, www.dpfv.org, www.passia.org, www.freunde-palaestinas.de, www.friedensratschlag.de

Die Redaktion von "Sand im Getriebe" möchte auch auf das Buch von **Edward Said "Das Ende des Friedensprozesses**" hinweisen, das die Thesen von Michael Warschawsky zu den Osloer Verträgen untermauert. **Weitere Bücher** befassen sich mit der aktuellen Situation in Palästina (**Alain Gresh**: Israel-Palästina, die Hintergründe eines Konflikts), mit dessen Geschichte und Hintergründen (**Ludwig Watzal**: Feinde des Friedens) oder mit dem Alltag der Besatzung (**Sumaya Farhat-Naser**: Thymian und Steine) und mit den "Stimmen für Frieden und Verständigung" (**Hrsg. Rudi Friedrich**: Gefangen zwischen Terror und Krieg?)
sig mdv-bw 23.02.2003

BERICHTE

THEMENFORUM PALÄSTINA MOTIVIERT ZUM FRIEDEN IN DER REGION

Paulo Daniel Farah

Annähernd 500 Palästinenser und 250 Delegierte aus aller Welt nahmen am Palästina Themenforum vom 27.-30. Dezember 2002 teil, mit dem Ziel die Problematik des Mittleren Ostens in die Tagesordnung der globalen Zivilgesellschaft und internationaler Sozialbewegungen zu integrieren.

Die Diskussionen fanden in Ramallah statt, die palästinensische Stadt, die seit vielen Monaten unter israelischer Besetzung steht, und zu der der Zugang immer schwieriger und eingeschränkter wird. Mindestens 12 Ausländer, einschließlich Belgier, Spanier und ein Filipino, wurden gleich am Flughafen von Tel Aviv unter der Behauptung zurückgewiesen, dass sie "den Frieden stören würden." Obwohl das Palästina Forum von israelischen und palästinensischen Organisationen gemeinsam organisiert wurde, wurde die Teilnahme der israelischen Vertreter von der Regierung des Israelischen Premierministers Ariel Sharon behindert, mit der Behauptung, dass sie in den besetzten Gebieten gefährdet sein würden.
Unter den wesentlichen Themen, die auf dem Forum angeschnitten wurden, waren von großer Bedeutung: Internationales Recht und die Palästinafrage, Jerusalem, die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, Wasserressourcen in der Region, palästinensische Flüchtlinge (über 3.6 Mio.), palästinensische politische Gefangene (über 8.000) in israelischen Gefängnissen, die Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates, Herausforderungen zum Aufbau und zum Übergang zur Demokratie, die Intifada (Palästinensischer Aufstand gegen die israelische Besetzung), Armut, Globalisierung und ihre Wirkung auf die Sache Palästinas sowie die soziale Situation in der Region.

Zusätzlich zu den Diskussionen wurden Proteste gegen die israelische Besetzung und für einen gerechten Frieden auf der West Bank organisiert. Teilnehmer waren u.a. führende Mitglieder der Zivilgesellschaft mehrerer Länder, einschließlich Brasilien, Italien, Frankreich, Deutschland, Spanien, Großbritannien, Vereinigte Staaten von Amerika, Japan, Griechenland, Schweden, Chile und Guatemala. Bei zwei dieser Veranstaltungen versprühten israelische Soldaten Tränengas auf die Demonstranten. Und, während der Aktionen gegen eine Mauer, die Israel auf palästinensischem Gebiet errichtet und die die Annektierung von verschiedenen Dörfern, Plantagen und palästinischen Brunnen als israelisches Territorium provozieren würde, feuerten Soldaten und israelische Siedler Gummigeschosse auf die Demonstranten.

"Es ist traurig, dass wir mehr als 50 Jahre nach der Deklaration der Menschenrechte eben diese Werte und Rechte - in Hinblick auf den Mittleren Osten verlieren. Für mich sind die Menschen, die in Brasilien für Land oder in Italien für Jobs kämpfen, im selben Kampf wie die Palästinenser und alle, die das Ende der israelischen Okkupation herbeisehnen, damit Frieden in der Region und in der Welt herrscht", argumentierte die Italienerin Raffaela Bolini, 42, eine der OrganisatorInnen des Europäischen Themenforums und Teilnehmerin am Forum in Ramallah.

Zelitro Luz da Silva, 41, aus Parana vom MST (Bewegung der Landlosen Landarbeiter) und Vertreter des Brasilianischen Organisationskomitees des Weltsozialforums, nahm an einem Plenum über "die Rolle von Sozialbewegungen im Widerstand gegen negative Einwirkungen der Globalisierung" teil. "Eine Sache, die meine Aufmerksamkeit erregte, ist, dass, während 800 Millionen Menschen in der Welt Hunger leiden, der Staat Israel das Recht hat, in ländliche Gemeinden einzudringen und die Nahrungsmittelproduktion der Palästinenser, die bereits in einer beängstigenden Situation leben, zu zerstören. Dies ist wahrer Terrorismus", sagte Zelitro, nachdem er palästinensische landwirtschaftliche Gemeinden in Gaza besucht hatte, wo Plantagen und Gewächshäuser am Ende des Zeitraums einer intensiven jüdischen Besiedlung zerstört wurden.
"Alles in Palästina wendet sich zu einem Akt des Widerstandes. Eine Mutter, die ein Kind zur Welt bringt, wird zu einem Akt des Widerstandes, ein Schüler, der zur Schule geht, ist ein Akt des Widerstands, unsere Teilnahme am Forum wurde zu einem Akt des Widerstandes", sagte Dr. Mustafa Barghouti, 49, Präsident der Vereinigung des palästinensischen medizinischen Hilfskomitees, ein Netzwerk von Ehrenamtlichen, die Behandlung und Ausbildung für beinahe 700.000 Menschen auf der West Bank und dem Gaza Streifen anbieten.

Seit Juli 2002 sind viele Städte und palästinische Dörfer von militärischem Ausgehverbot betroffen, und die Situation im Gazastreifen verschärft sich täglich. "Wir können unser Haus für die Dauer von mindestens 12 Stunden am Tag nicht verlassen, im Namen des Siedlerschutzes (Israelis). Früher benötigte ich fünf Minuten, um nach Garada (einem Nachbarort) zu gelangen, aber jetzt, mit dem israelischen Militärposten, brauche ich mindestens zwei Stunden", sagte der Palästinenser Umm Khalil, in Wadi al Salga (Gaza Streifen).

Auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre, wird bei dem Treffen des Runden Tisches Dialoge und Kontroversen zum Thema "Widerstand gegen die Kriege des 21. Jahrhunderts und für den Aufbau von Frieden zwischen den Völkern" die Situation im Mittleren Osten eines der Hauptthemen sein.

Paulo Daniel Farah ist Journalist und reiste auf Einladung des brasilianischen Organisationskomitees des WSF nach Ramallah.
Übersetzerin: Ulrike Neundorf, Korrekturgelesen: Helga Heidrich, coorditrad@attac.org, Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, sig mdv-bw 23.02.2003

DAS AFRIKANISCHE SOZIALFORUM WILL STIMME DES KONTINENTS WERDEN

ANNE-CÉCILE ROBERT

Anfang Januar tagte in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba das zweite Afrikanische Sozialforum. Die Delegierten aus den sozialen Bewegungen vieler Länder Afrikas formulierten eine gemeinsame Kritik an der Globalisierung. Sie forderten, nach panafrikanischen Grundwerten zu suchen und eigene demokratische Formen zu entwickeln.

Wie Bettler auf einer Goldader

Noch hat Afrika keine Stimme, um in der großen Globalisierungsdebatte mitzureden. "Wann werden wir endlich den Mund aufmachen? Und wann wird man uns anhören?", fragte ein Landwirt aus dem Kongo am Rande des zweiten Afrikanischen Sozialforums in Addis Abeba.

Seine Schwierigkeiten, überhaupt an dieser Veranstaltung teilzunehmen, waren charakteristisch für das Unternehmen, das aus dem Weltsozialforum in Porto Alegre entstanden ist.(1) Von dem Kongress erfuhr der Mann aus dem Kongo durch eine E-Mail seines Bauernverbandes - die ihn über einen Verteiler in Paris erreichte, was wieder einmal zeigt, dass noch immer alles über die Nord-Süd-Achse läuft. Schon der Zustand der Infrastruktur erschwert die Entwicklung einer afrikaweiten sozialen Bewegung: Es war reiner Zufall, dass die Einladungs-Mail zwischen zwei Stromausfällen ankam. Manche Delegierte brauchten drei Tage, um in die äthiopische Hauptstadt zu gelangen. Die Straßen sind schlecht und die innerafrikanischen Flugverbindungen unzuverlässig.

Dennoch kamen 250 Vertreter von Bauern-, Arbeiter- und Künstlerverbänden aus 43 Ländern, einige auch aus Kriegsgebieten. Sie wollten nach Auswegen aus der Globalisierungsfalle suchen und der Vision eines "anderen Afrika" Gestalt verleihen. Ohne den unablässigen Einsatz der Nichtregierungsorganisation Enda, die vom Senegal aus länderübergreifend arbeitet, und ohne das Engagement der Globalisierungskritikerin Aminata Traoré aus Mali hätte das Forum niemals finanziert werden können.(2) Dennoch gab es eine Vielzahl von Aktivisten, die nichts von dem Treffen wussten oder die Reise nach Äthiopien nicht bezahlen konnten. Für Veranstalter wie Delegierte gehörte es deswegen zu den wichtigsten Aufgaben, das Forum und seine Anliegen besser bekannt zu machen und für künftige Treffen mehr Geld aufzutreiben.(3)
Die Gruppen wollen sich vor allem gegen die Wirtschaftspolitik wehren, die überall auf dem Kontinent zur Destabilisierung der Staaten und zur Ausbreitung von Elend und Krieg geführt haben. "Das Sozialforum soll dazu beitragen, dass sich die Zivilgesellschaft zu einer Gegenmacht entwickelt", meint Taouffik Ben Abdallah von der NGO Enda. "Es geht darum, dort Druck zu machen, wo die Regeln für das Spiel der Kräfte in Afrika festgelegt werden." Darüber hinaus müssten sich die Bewohner des Kontinents das Recht zurückerobern, für sich selbst zu sprechen und das Wort gegen eine "internationale Gemeinschaft" zu erheben, die von mächtigen, nichtafrikanischen Nationen bestimmt wird.

Das bedeutet auch, gegen eine kulturelle und wirtschaftliche Ausbeutung anzukämpfen, die einst von den Kolonialmächten eingeführt und längst zum Instrument afrikanischer Machteliten geworden ist. Die führenden Schichten hätten sich auf einen "teuflischen neoliberalen Konsens" eingelassen, fürchtet Aminata Traoré. In der Tat leisten viele Führungskräfte ihren Beitrag zur ökonomischen Herrschaft der internationalen Kreditgeber über Afrika, indem sie sich deren Bedingungen widerstandslos fügen.

Diese Mitglieder der Führungsschicht haben in der Regel an Universitäten im Westen studiert, wo sie sich häufiger aufhalten als in ihren Heimatländern - internationale Tagungsorte sind ihnen vertrauter als die soziale Wirklichkeit daheim. Einige Staatsführer wirken eifrig an der Ausplünderung ihrer Länder mit: Die Staatspräsidenten Abdoulaye Wade aus dem Senegal, Thabo Mbeki aus Südafrika, Abdelaziz Bouteflika aus Algerien und Olusegun Obasanjo aus Nigeria propagieren das Wirtschaftsprogramm "Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung" (Nepad). Zu dessen Zielen gehört auch ein "Zuwachs an Auslandsinvestitionen" - mit anderen Worten: Der Export der natürlichen Ressourcen Afrikas soll fortgesetzt werden, während die Bevölkerung immer weiter im Elend versinkt. "Unsere Führer leisten nicht genug Widerstand", meint Aminata Traoré. "Man hat sie einer Gehirnwäsche unterzogen."

In der Schlussresolution des Afrikanischen Sozialforums heißt es, dass die neoliberalen Konzepte für Afrika genauso wenig taugen wie jene Staatsführer. Durch Kampagnen für eine Gegenöffentlichkeit und alternative politische und wirtschaftliche Debatten sollen sie "umerzogen" werden. Und man fordert finanzielle Entschädigung: nicht für die Versklavung, wie manche afroamerikanischen Organisationen, sondern für die Folgen der von außen auferlegten Strukturanpassung und der Überschuldung. Doch wer nimmt solche Forderungen aus Afrika schon ernst?

Die Machtverhältnisse in Afrika bewirkten auch, dass einige afrikanische Organisationen es nicht wagten, am

Sozialforum teilzunehmen. Sie sind auf die Unterstützung durch internationale Institutionen oder Hilfsorganisationen angewiesen und befürchteten Sanktionen. Obwohl voll guter Absicht, schadet also die Entwicklungshilfe ihren Empfängern, wenn sie ihnen den Mund verbietet und sie auf importierte Sichtweisen und Maßnahmen verpflichtet. Dies solle nicht länger hingenommen werden, erklärt die Abgesandte Rabiaa aus Algerien: "Wir müssen unsere eigenen Fragen entwickeln und damit aufhören, über die Vorgaben von anderen zu diskutieren."

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen Afrikas sehen sich zunehmend von Machthabern und internationalen Geldgebern umworben, die sich öffentliche Legitimierung verschaffen wollen. Letztlich geht es aber immer nur um eines: Alle sollen sich den Vorgaben der Weltwirtschaft unterwerfen. "Man sollte sich also vor einem 'Konsens der NGOs' hüten", meint ein Delegierter aus Südafrika. "Das wäre das Gleiche wie der Washington-Konsens der Industrieländer."(4)

Solidarität, ein einzigartiger Erfahrungsschatz

Die Bandbreite der Kritik an den Programmen der internationalen Geldgeber war in Addis Abeba enorm. So sehen die Frauenverbände ihre häufig sehr erfolgreiche lokale Wirtschaftsförderung bedroht. Die Vergabe von Kleinkrediten unterdrückt traditionelle Formen der sozialen Absicherung. An die Stelle der althergebrachten Solidarität und gegenseitigen Hilfe tritt ein staatliches Kreditsystem, was nicht selten mit Wucherzinsen einhergeht. Nicht genug, dass die Frauen die Last der wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung in den Familien zu tragen haben, sie können auf diese Weise auch noch in die Überschuldung geraten. "Und am Ende werden sie uns an die Leine legen", empörte sich Fatou Sarr, eine Delegierte aus dem Senegal.

Auch sehr radikale Analysen stießen auf Zustimmung: Jede noch so geringe Beteiligung am internationalen System – und bestünde es nur in der Annahme von Hilfsleistungen - bedeute letztlich, sich der Fremdbestimmung zu unterwerfen und Konzepte zu akzeptieren, die auf die Eingliederung in den Weltmarkt hinauslaufen und die Bedürfnisse und Besonderheiten einer Gesellschaft ignoriert. Ein Künstler aus Mali formuliert das Dilemma: "Man will uns dazu bringen, unsere Eltern zu verraten. Unsere Tradition lehrt uns, zu teilen und an die Gemeinschaft zu denken - aber nun sollen wir unsere Muttersprache vergessen und nur noch auf den eigenen Vorteil sehen. Wir stellen wundervolle Stoffe her, aber man erwartet von uns, dass wir uns nach der westlichen Mode kleiden. Afrika hat viele fruchtbare Landstriche, und die Bauern wollen sie nur zu gern bestellen, aber wir sollen uns von importierten Lebensmitteln ernähren."

"Wir haben uns genug Denkverbote gefallen lassen", meint Rabiaa. Und Gisèle aus Kenia pflichtet ihr bei: "Wir müssen uns wieder auf die alten Werte beziehen, um die richtigen Lösungen für unsere Probleme zu finden." Für sie heißt das allerdings nicht, dass alles so sein soll wie früher – vor allem bei den Rechten der Frauen dürfe es keine Rückschritte geben. Die Besinnung auf die kulturellen Traditionen, die Abkehr von der Imitation westlicher Gebräuche braucht ihre Zeit - das zeigt sich auch in Addis Abeba, wo die Mitglieder des Sozialforums nur selten in afrikanischen Gewändern auftraten.

Doch die kollektive Entdeckung des afrikanischen Bewusstseins basiert auf einer soliden Grundlage. Der Kontinent ist reich an Bodenschätzen und natürlichen Ressourcen. "Wir sind wie Bettler, die auf einer Goldader sitzen", sagt ein anderer Delegierter. Die Ausbeutung dieser Ressourcen liegt überwiegend in der Hand lokaler Machthaber und ausländischer Konzerne. Allein die katastrophale soziale Lage Afrikas verwickelt die internationalen Investoren in Widersprüche, weil sie den Kontinent im Namen der segensreichen Auslandsinvestitionen ruinieren. Am bequemsten wäre ihnen wohl ein menschenleerer Kontinent. Der senegalesische Schriftsteller Boubacar Boris Diop hat dazu resigniert festgestellt, es gebe in manchen Kreisen den "Traum von einem Afrika ohne Afrikaner".

Taouffik Ben Abdallah von der NGO Enda fragt dagegen: "Wie können wir neues Selbstvertrauen gewinnen?" Das in den 1960er-Jahren mühsam erlangte Selbstbewusstsein der Afrikaner, bei dem die Philosophie der Négritude(5) eine wichtige Rolle spielte, ist durch wirtschaftlichen Niedergang, Überschuldung und Kriege zunichte gemacht worden. "Wir sind heute schlechter dran als zur Zeit der Unabhängigkeitserklärungen", meint er. Dass die Proklamation neuer Staaten in Afrika keinen Fortschritt bedeutete, weil die wirtschaftliche Macht der Kolonialherren bestehen blieb, war jedem der Delegierten in Addis Abbeba klar. Alle afrikanischen Führer, die sich gegen diese Entwicklung sperrten - wie etwa in den 1960er-Jahren Patrice Lumumba im Kongo, in den 1970ern Amilcar Cabral in Guinea-Bissao oder in den 1980er-Jahren Thomas Sankara in Burkina Faso - wurden beseitigt. Und an der Liquidierung Lumumbas waren nicht nur käufliche Politiker wie Joseph Mobutu beteiligt,(6) sondern auch ausländische Mächte.

"Nur durch die Verarbeitung unserer Geschichte der Unfreiheit und mit der Rückkehr zu den panafrikanischen Grundwerten können wir neues Selbstvertrauen gewinnen", erklärt ein junger Delegierter aus Kenia. Und er übt deutliche Kritik an der Elterngeneration, die "einfach nur abgewartet" habe. Andererseits weiß er, dass die heutige Jugend in Afrika, auf der alle Hoffnungen ruhen, "auch nur vom Westen träumt. Man hat ihnen eingeredet, dass es für sie im eigenen Land keine Zukunft gibt". Vor allem dürfe man Afrika nicht nur unter dem Aspekt der ungelösten Probleme - Hungersnöte, Kriege, Aids - betrachten. Diese Sichtweise sei Teil der

"Herrschaftsstrategie des Nordens" und verhindere die Rückbesinnung des Kontinents auf seine Geschichte und Kultur.

Aminata Traoré glaubt, dass eine radikale Umorientierung innerhalb der wirtschaftlichen Strategien ohne eine kritische Bestandsaufnahme der eigenen Vorstellungswelt nicht zu machen ist.(7) "Nur weil wir so leicht zu täuschen waren, konnte man uns so hinters Licht führen", erklärt sie kategorisch. Solange Afrika im Zustand der Unterwerfung und kulturellen Kolonisierung verharrt, wird es zerstritten und politisch bedeutungslos bleiben. "Innerhalb der Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen müssen wir unsere eigenen Formen von Demokratie entwickeln", meint Taouffik Ben Abdallah von Enda. "Seit der Ära der Unabhängigkeitsbewegungen hatte das Volk nichts mehr zu sagen. Das muss anders werden, damit wir endlich als Afrikaner mit einer Stimme sprechen."

Zu den Reichtümern Afrikas gehört auch seine Geschichte, aus der die übrige Welt viel lernen könnte. Für Thanduxolo, einen Delegierten aus Pretoria, ist Afrika in Fragen der Globalisierung "sehr kompetent": "Wir haben jahrhundertealte Erfahrungen mit Welthandel und Globalisierung: Kolonisierung, Versklavung, transatlatischer Menschenhandel " Und Dot Keets, Delegierte aus Simbabwe, ist überzeugt davon, dass die Ausbeutung, das Elend und die Abwanderung der Intelligenz aus Afrika "die wahre Natur der neuen Weltordnung ans Licht bringt. Hier müssen wir ansetzen." Rabiaa aus Algerien sieht dagegen eher die positive Seite: "Was Solidarität unter den Menschen angeht, verfügt Afrika über einen einzigartigen Erfahrungsschatz."

dt. Edgar Peinelt

Fußnoten:
(1) Das erste Afrikanische Sozialforum fand 2001 in Bamako (Mali) statt.
(2) Die Finanzierung wurde vor allem durch die "Coopération française" und NGOs wie Oxfam gesichert.
(3) Siehe www.enda.sn
(4) "Washington-Konsens": Angesichts der lateinamerikanischen Schuldenkrise kamen die US-Regierung, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) Ende der 1980er-Jahre überein, die Entwicklungshemmnisse in den Ländern der Dritten Welt durch marktpolitische Maßnahmen zu beseitigen.
(5) "Négritude": Vom Dichter und Staatsmann Léopold S. Senghor (1906-2001, ab 1960 erster Präsident des unabhängigen Senegal) entwickelte Philosophie, die die Würde der Afrikaner betont und von vielen Intellektuellen als befreiend empfunden wurde.
Das Konzept ist bis heute umstritten, weil Senghor seine enge Bindung an die französischer Kultur bewahrte.
(6) Siehe dazu Colette Braeckman, "Lumumba, un crime d'Etat", Brüssel (Aden) 2002.
(7) Siehe dazu Aminata Traoré, "Le Viol de l'imaginaire", Paris (Fayard) 2002.

Mit freundlicher Genehmigung von Le Monde diplomatique Nr. 6980 vom 14.2.2003, Seite 19

"NO VOX" ERHEBEN IHRE STIMME

Jean-Batiste Heyrault

Die Aktionen und Bewegungen, die für die armen Bevölkerungen kämpfen, lassen ihre Stimme hören und wollen auch für ihre Zukunft sorgen. Wie kann "eine anderen Welt" ins Auge gefasst werden, wenn die Bewegungen der Armen sich nicht beteiligen können?

Die Hälfte unseres Planeten ist Opfer oder am Rande des Überlebens. Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt mit weniger als zwei Euro täglich, während die Ungleichheiten sich überall verschärfen und die weltweiten Gefahren immer konkreter werden (Kriege, Umweltkatastrophen, Hungersnöte...). Das kapitalistische System und der Konsumwahn lassen sich nicht auf die gesamte Weltbevölkerung übertragen - mangels Rohstoffen und wegen der Unmöglichkeit des Öko-Systems, einen solchen Produktionsrhythmus zu verkraften. Die Zukunft und selbst die Existenz der armen Bevölkerungshälfte der Welt ist in Frage gestellt, das bezeugt der Mangel an Solidarität der reichen Länder. Die Hälfte der Weltbevölkerung, die nicht mitbestimmen darf, wird für die andere Hälfte gefährlich, die heute den Zugang zu den "Autobahnen der Information" hat, mit allen Mitteln das wirtschaftliche Wachstum vorantreibt und ihr Lebensnivau weiter steigern will. Auch die andere Hälfte konsumiert, verbraucht Rohstoffe und nimmt an der Umweltverschmutzung teil, wenn auch in ganz anderem Ma§stab. Die Zunahme des Rassismus und des Sicherheitswahns, die Zunahme einer Städtepolitik der Segregation innerhalb der westlichen Nationen zeugen von diesem Klima des Misstrauens innerhalb der Wohlhabenden ihren eigenen Armen gegenüber. Mitgefühl ist nicht mehr angezeigt, die Armen werden zu potenziell gefährlichen Klassen. Mit dem Unterschied, dass sie heute zur Produktion der Reichtümer nicht mehr unbedingt nötig sind. Unproduktiv, kostenverursachend, zumindest in den nördlichen Ländern, stellen sie eine Gefahr und Konkurrenz für die lebenswichtigen Ressourcen dar, haben im derzeitigen Wirtschaftssystem keine Zukunft, selbst wenn ein kleiner Teil von ihnen auf dem Arbeitsmarkt noch nützlich ist, um die Lohnnebenkosten zu senken und die Armut zu erhöhen. Diese Fakten haben mehrere Vereinigungen und Bewegungen im Kampf gegen die Armut dazu veranlasst, im Jahr 2002 das Netzwerk "No Vox" zu gründen, dessen Ziel es ist, ein internationales Netz zur Mobilisierung

ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen aufzubauen - mit Hilfe derer, die sie unterstützen.

Die großen Sozialforen der fortschrittlichen Mittelklassen Da wir uns bewusst sind, welche Bedeutung die Sozialforen haben, indem sie die Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) , Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zusammenführen, sind wir uns aber auch im klaren sind über deren Grenzen. Da ja die fortschrittlichen Mittelklassen und ihre Organisationen deren einzige "Baumeister" und die Transportkosten ein wichtiger Faktor bei der sozialen Selektion sind, sind wir entschlossen, die Präsenz der "Stimmlosen" an den Sozialforen zu erzwingen. Was nützt es, gegen das Elend in der Welt und die verheerenden Auswirkungen des Neoliberalismus zu kämpfen und eine andere Welt aufbauen zu wollen, wenn die Opfer - ob potenziell oder bereits maßgeblich betroffen - sich daran nicht beteiligen können und nicht zu Hauptakteuren werden? Wie kann man ernsthaft den Aufbau einer anderen Welt ins Auge fassen ohne Beteiligung der Bewegungen der Armen und der "Stimmlosen"? Das 3. internationale Sozialforum hat ihnen erneut keinen, oder nur einen unbedeutenden Platz eingeräumt. Die Präsenz der Vertreter der "Stimmlosen" bei den großen Konferenzen ist lächerlich gering, ebenso wie ihre Vertretung auf der Organisationsebene des Forums. Es muss nämlich für die Finanzierung ihrer Reise, den Zugang zum Forum und für die Organisation von internationalen Begegnungen gesorgt werden, um ein Bewusstsein und eine Identität derer ohne Stimme zu erzeugen - als Träger des Bestrebens zum Aufbau einer anderen Welt. Die finanziellen Mittel dazu sind vorhanden: das Sozialforum wird ca. 30 Millionen Euro kosten. Die Verschwendung der Geldmittel ist umso schockierender. Die Miete einer ultramodernen Universität, der Einsatz von professionellen statt engagierten Dolmetschern, die Unmenge von westlichen Delegationen in Luxus-Hotels oder die Verwendung von Finanzmitteln aus Stiftungen wie Ford _ solche Fragen stellt man sich. Die Finanzmittel sind vorhanden, um den Stimmlosen eine aktive Beteiligung an den Sozialforen zu ermöglichen. Hindernisse dafür sind jedoch der fehlende politische Wille sowie interne politische Spielbälle. Die Entstehung von Volksbewegungen zunächst auf lokaler Ebene, die sich auf nationale und dann auch auf überregionale Ebene ausweiten, ist jedoch nicht mehr zu übersehen.

Das Forum der "Stimmlosen" im Kampf Dieses Jahr, haben die "Stimmlosen" magere finanzielle Mittel aufgetrieben, um eine Delegation nach Porto Alegre zu entsenden, vor allem diejenigen aus Brasilien und anderen Ländern Lateinamerikas. DAL, AC und MIB werden präsent sein. Da es unmöglich ist, am Forum teilzunehmen, ohne die täglichen Meldungen über das Elend zu hören, werden wir dort ein Forum der "Stimmlosen" organisieren. Am Donnerstag, dem Eröffnungstag des Forums, haben wir am späten Vormittag in Porto Alegre gemeinsam mit der wichtigsten militanten brasilianischen Bewegung für Wohnungsbeschaffung, dem MNLM, in Porto Alegre ein unbebautes Grundstück besetzt, um dort obdachlose Familien anzusiedeln und zu unterstützen. Schon letztes Jahr hatte das MNLM (movimiento Nacional de Luta por la Moradia), unterstützt vom DAL und zahlreichen NROs, ein freistehendes Gebäude im Stadtzentrum, das einer Bank gehört, besetzt. Nach Verhandlungen und Erwerb des Gebäudes durch ein öffentliches Kollektiv nach einem Enteignungsverfahren, wurde dieses Gebäude von Obdachlosen freigeräumt, um die Wohnungsrenovierung für arme Familien zu ermöglichen. Diese Renovierungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen.

In diesem Jahr handelt es sich um die Besetzung eines Terrains durch mehrere Hundert Obdachlose von militanten MNLM-Mitgliedern, argentinischen "piqueteros" (Movimiento Mario de Pie), Jugendlichen der umgebenden Favelas, aber auch solchen von Sao Paulo, die sich in kulturellen Netzwerken hip hop (wie die Gruppe Moleque de Rua) zusammengeschlossen haben, Strassenkindern, Jugendlichen aus indianischen Kamps, Vertretern von NROs und militanten Bewegungen verschiedener Ländern.

Während dieser Besetzung werden Konzerte und Diskussionen veranstaltet, eine Volkskantine organisiert, Unterkünfte aufgestellt, sodass das Terrain für die Besetzer auch bewohnbar gestaltet wird.

Im Rahmen des WSF fanden internationale Begegnungen zwischen "Stimmlosen" statt - die ersten dieser Art -, um miteinander Strategien und gemeinsame Aktionen auszuarbeiten und Praktiken auszutauschen. Es wurde die Idee eines weltweiten Marsches der Stimmlosen eingebracht sowie einige Strategien, um das Sozialforum den Basisbewegungen anzunähern. Das ist eine langatmige Arbeit, die für mehrere Jahre geplant ist. Sie hat aber das Ziel, ein Netzwerk von Volksbewegungen zu schaffen und die NROs dafür zu gewinnen, bei der Entwicklung und Konvergenz dieser Bewegungen mitzuhelfen, sowie deren Akzeptanz im Forum zu fördern.

Ehrenamtliche Übersetzung: Regine Kappeler, attac.info home-team Österreich, sig-bw 21.02.2003

KOLLEKTIVE ENGAGEMENTS DER BEWOHNER UNSERES BARRIOS

Silvia Saravia, Argentinien

Wir haben uns besonders dem Kampf gegen den Hunger und gegen die Armut verschrieben, unter denen Millionen unserer Landsleute leiden. Wir widersetzen uns den ungerechten Auflagen des IWF.

Die Bewegung "Barrios de Pie" wurde im Dezember 2001 in Argentinien ins Leben gerufen. In ihr sind Männer und Frauen aus Armen-Vierteln vereinigt, die seit langer Zeit in allen Teilen Argentiniens ihre Erfahrungen gesammelt haben. "Barrios de Pie" ist weiter gewachsen und heute fast in allen Landesteilen vertreten - in Provinzen, Städten, Dörfern, Armen- und Villenvierteln. Überall dort, wo "Not am Mensch" ist, haben wir das Recht, diese Not zu beheben. Gerade dort fasst "Barrios de Pie" Fuss.

Um der Arbeit wieder die Würde zu verleihen, die ihr zukommt, und um nicht von der staatlichen Unterstützung abhängig zu sein, organisiert "Barrios de Pie" in den Arbeiter-Vierteln Volksküchen, Backstuben und Gemüsegärten, durch die Tausende von Erwachsenen und Kindern versorgt werden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Förderunterricht, Alphabetisierungskampagnen, Volksbüchereien, Kunst-Workshops, Kampagnen zur Krankheitsvorbeugung, Workshops zur Familienplanung und gegen Gewaltanwendung in Familien - letzere in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk "Solidarische Frauen" - werden von "Barrios de Pie" organisiert.

Ermöglicht wird das alles Dank des kollektiven Engagements der BewohnerInnen unseres "barrios" (Stadtviertels), die auch von Dozenten, StudentInnen und Kunstschaffenden unterstützt werden.
Fortschritte werden ebenfalls auf dem Weg der Selbstverwaltung gemacht. Ziel ist, am Aufbau eines anderen Argentiniens mitzuarbeiten, ohne an einen Dritten Verantwortung sowie unsere Rechte und Pflichten zu übertragen.

Einige Schlussfolgerungen des "Barrios de Pie":

Volksmacht
Wir wollen nicht als Bewegung verstanden werden, die ausschließlich für Arbeitslosenunterstützung kämpft, sondern als eine Bewegung, die dieses Land in Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Kräften regiert und in der Lage ist, ein anderes Argentinien aufzubauen. Unsere Aktivitäten in den Bereichen Volkserziehung und Gesundheit, Mikro-Projekte, Kultur und technische Kommunikationsmittel sind ein Beweis dafür, dass das möglich ist. Wir sehen darin den Beginn einer vom Volk ausgeübten Macht, an der jedeR Einzelne Anteil nimmt.

Wahlen
Mehrheitlich wurde die Meinung vertreten, dass es nicht unsere Aufgabe sein kann, die nächsten Wahlen zu legitimieren, zu denen es nie gekommen wäre, hätte es nicht die Morde am 26. Juni gegeben. Dualde hatte bekanntlich den Wahltermin am darauf folgenden Tag bekannt gegeben - ganz abgesehen davon, dass es bei dieser Wahl nicht, wie wir es am 19./20. Dezember gefordert hatten, um alle Staatsorgane ging.

Zur Wahl stand entweder eine Protest-Wahl, ein von vielen angefochtener Urnengang oder aber ein Wahl-Boykott. Es ging uns nicht nur um die Verhinderung der Wahl, sondern vielmehr darum, die KollegInnen in allen "barrios" zu organisieren und auch andere Gesellschaftsbereiche durch intensive Informationskampagnen zu sensibilisieren.

Streikbewegung
Es war dringend geboten, alle am Kampf Beteiligten zu vereinen, Aktivitäten in Kooperation mit der MIJD (Bewegung unabhängiger Rentner und Arbeitsloser), dem "Bloque Piquetero" und der Vereinigung "Aníbal Veron" mit dem Ziel zu setzen, neue Kriterien für die wirkliche Auseinandersetzung zu entwickeln.

Repression
Die Regierung sieht in der Repression die einzige Alternative, dem Widerstand gegen das etablierte Gesellschaftsmodell von Seiten der großen Mehrheit des Volkes zu begegnen. Deshalb wurde beschlossen, der Repression mit verschiedenen Aktivitäten zu begegnen.

Strategie
Der 19. und 20. Dezember 2001 markieren einen Einschnitt in unserem Volkskampf: Diese Daten werden mit Sicherheit deutliche Spuren in unserer Organisationsstruktur hinterlassen. Seit diesem Zeitpunkt "gehört" uns die Straße, seitdem marschieren wir mit anderen Schwesterparteien in der ersten Reihe, wenn es um den Kampf gegen Hunger und Arbeitslosigkeit geht, seitdem erheben wir unsere Forderungen an die großen Supermärkte, errichten wir Straßensperren, blockieren Brücken und öffentliche Gebäude.
Gegenwärtig bereiten wir uns auf den Kampf gegen die Freihandelszone Lateinamerika (FTAA/ALCA) vor.

Ein Argentinien, in dem soziale Gerechtigkeit kein Fremdwort ist, ein Argentinien, das keine Repression kennt, ist möglich; wir fordern demokratische Partizipation des ganzen Volkes, das über sein nationales Schicksal selbst entscheidet. Wir wollen eine andere geschwisterliche und solidarische Gesellschaft "neuer" Männer und Frauen.

Übersetzer: Hartmut Brühl, coorditrad@attac.org, Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, sig-bw 21.02.2003

DIE AUSWIRKUNGEN DER LIBERALISIERUNG DES HANDELS AUF UMWELT UND NATÜRLICHE RESSOURCEN

Julien Milanesi

Dieser Artikel geht aus dem Seminar "our world is not for sale" vom 24. Januar 2003 über die Auswirkung der Liberalisierung des Handels auf die Umwelt und die natürlichen Ressourcen sowie dem Arbeitskreis hervor, der am 26. Januar 2003 von dem "Entwicklungsfond für Frauen der Vereinten Nationen" über die Privatisierung des Wasser-Sektors stattfand.

Folgende Teilnehmer ergriffen das Wort: Dot Keet (AIDC - Südafrika), Karin Nansen (REDES - Uruguay), Helene Bank (Center for partnership in developement - Norwegen), Sara Larrain (Chile sustentable), Alejandro Villemar (RMALC - Mexiko), Magda Lanuza (Centro de estudios internacionales - Nicaragua), Yin Shao Loong (TWN - Malaysia), Alejandro Pulido (Censat Agua Viva - Kolumbien), Jason Tockman (American Lands Alliance - USA), Marcos Orellana (CIEL - USA), Marc Ritche (IATP - USA), Pablo Solon (Fundacion Solon - Bolivien), Ronnie Hall (Friends of the earth international), Thomas Kocherry (World forum of fisher peoples - Indien), Wenonah Hauter (Public Citizen - USA), Yassine Fall (UNIFEM).

Die heute von der Welthandelsorganisation (WTO) weltweit geförderte Liberalisierung des Handels beruht auf dem Gedanken, dass es angesichts der internationalen Konkurrenz im Interesse der einzelnen Ländern liegt, sich auf Produktionen zu spezialisieren, für die sie einen "relativen Vorteil" haben. Zur Erreichung dieser Art von Spezialisierung verlangt die WTO von ihren Mitgliedsländern die Einhaltung von zwei Prinzipien: die Nicht-Diskriminierung und die Abschaffung der nicht-tariflichen Barrieren.
Das Prinzip der Nicht-Diskriminierung bedeutet, dass die einzelnen Länder ihre eigenen Produkte gegenüber den ausländischen Firmen nicht begünstigen dürfen (zum Beispiel durch Subventionierung ihrer Produkte). Nicht-tarifliche Barrieren wie zum Beispiel Import-Quoten, sollen ersetzt werden durch Zölle auf Import-Produkte. Da diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen den Produktionsprozess und die nationalen Gesetzgebungen verändern, haben sie bedeutende Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen. Die Redner sprachen unter anderem von den Auswirkungen der von der WTO initiierten Handelsverträge auf die Landwirtschaft, die Biodiversität, die Forst- und Wasserwirtschaft, wie sie auf dem amerikanischen Kontinent geplant sind oder aus bilateralen Verträgen zwischen verschiedenen Staaten hervorgegangen sind.

Landwirtschaft und Biovielfalt
Die Landwirtschaft war zehntausend Jahre lang von einem Prozess der Selektion und Anpassung an die Umwelt begleitet, der zu einer Vielfalt von Arten und unterschiedlichen Anbau- und Zuchtmethoden geführt hat. Dieser Reichtum wird heute durch die Liberalisierung des Handels zerstört. In den südlichen Ländern gibt es eine Landflucht der Kleinproduzenten, die von der industriellen Landwirtschaft des Nordens konkurrenziert werden. Die Öffnung der Handelsbeziehungen führt deshalb zu Verlusten von Arbeitsplätzen, zu einem Verlust des Know-How's zu einem Abbau des kulturellen Reichtums sowie der biologischen Vielfalt (Biodiversität), die im übrigen von den multinationalen Gesellschaften der industriellen Landwirtschaft ausgebeutet wird, die Eigentumsrechte auf die lokalen Saatgüter beansprucht.

Die verbleibenden Kleinproduzenten passen sich an und übernehmen die Techniken der industriellen Landwirtschaft, verwenden Chemikalien, in manchen Ländern stellen sie sich auf den Anbau von genetisch veränderten Organismen (GVO) um oder spezialisieren sich auf Monokulturen.

Die südlichen Länder, die bei ihren Entscheidungen von der Weltbank "unterstützt" werden, spezialisieren sich vor allem auf Export-Kulturen (z.B. Eukalyptus in Uruguay), da man von ihnen erwartet, dass sie so ihre "relativen Vorteile" ausnützen und sich auf den internationalen Märkten Devisen verschaffen. Dadurch verlieren sie jedoch ihre Unabhängigkeit auf dem Nahrungsmittelsektor und geraten durch die Wechselhaftigkeit der internationalen Kurse, zu denen ihre Produkte verkauft werden, schließlich in eine noch unsicherere Lage.

Diese Logik der internationalen Konkurrenz führt im übrigen unweigerlich zu einer mengenmäßigen Steigerung der produzierten und ausgetauschten Produkte. Die Intensivierung der Produktion hat zerstörerische Auswirkungen auf die Umwelt, die Ausweitung des Handelsaustausches führt zwangsmäßig zur Zunahme der Transporte: Die globalen ökologischen Kosten jedoch sind in der Kostenrechnung der Internationalen Handelsorganisation nicht enthalten.

Die Forstwirtschaft
Die Schaffung einer amerikanischen Freihandelszone (ALCA/FTAA, Free Trade Area of the Americas) führt zum Risiko einer beschleunigten Abholzung auf dem lateinamerikanischen Kontinent, begünstigt die Verbreitung von sich rasant ausbreitenden Arten und genetisch veränderten Organismen und reduziert die Fähigkeit der einzelnen Staaten, ihre Wälder selbst zu verwalten und zu schützen.

Wenn das Abkommen über die Liberalisierung des Handels realisiert werden sollte, dann würde die Abschaffung der Zölle auf forstwirtschaftliche Produkte zur Zerstörung der Urwälder führen. So wurden zum

Beispiel die Wälder Nord-Chiles, deren Bio-Vielfalt sehr hoch ist, vom Büro des "US Trade Representative" zu Zonen erklärt, die zur Ausbeutung freistehen, wenn das FTAA angenommen würde. Diese Wälder könnten dann langfristig ersetzt werden durch speziell zum Handel bestimmte Anpflanzungen und bei einer Liberalisierung der Agrarprodukte sogar als Weideland oder zum Getreideanbau bestimmt werden.

Ein Abkommen über Investitionen, das darin vorgesehen ist, könnte es des weiteren den ausländischen Firmen ermöglichen, gegen die Regierungen zu klagen, wenn sie der Ansicht wären, dass die Gesetzgebung zur nationalen Verwaltung der Wälder ihren wirtschaftlichen Interessen zuwiderläuft. Der FTAA könnte zum Beispiel Staaten auferlegen, die Holzindustrien für die Verluste zu entschädigen, welche durch die strenge Gesetzgebung zum Schutz der Wälder entstehen würden. Und damit würden die Regierungen auch die Möglichkeit einbüssen, Gesetze zu schaffen, die von der FTAA als nicht-tarifliche Barrieren angesehen werden.

Wenn die vorgeschlagenen sanitären und phyto-sanitären Bestimmungen angenommen werden, dann werden die Mitglieder der FTAA-Freihandelszone bei der Verhinderung der Ausbreitung von sich rasch verbreitenden tierischen und pflanzlichen Arten ihre im Vergleich zu den internationalen Standards restriktiveren Gesetzgebungen jeweils triftig begründen müssen. In einem Kapitel des Rohentwurfs des Projekts über das geistige Eigentum steht übrigens, dass die Staaten im Falle der Schaffung der FTAA die Verwendung der genetisch modifizierten Organismen auf ihrem Gebiet gestatten müssen.

Wasser

Beim Welt-Wasser-Forum im Jahr 2000 in Den Haag wurden drei Arten von Maßnahmen befürwortet, um der "Wasserkrise" entgegenzutreten, die für die 25 kommenden Jahre vorauszusehen ist. Unter dem Vorwand, die Wasser-Ressourcen bei der Bewässerung wirksamer einzusetzen, befürworten die Teilnehmer einen Einsatz von GVO (genetisch modifizierte Organismen) zur Senkung des Wasserkonsums sowie die allgemeine Anwendung der Techniken der industriellen Landwirtschaft. Der Investitionsbedarf für die benötigten Infrastrukturen zur Deckung des Trinkwasserbedarfs wird im übrigen auf 100 Millionen US-Dollar jährlich berechnet. Da in den Budgets der südlichen Länder die Finanzmittel dafür nicht vorhanden sind, sollen nach Auskunft des Forums die Privatinvestoren - unter anderem die multinationalen Wasserkonzerne Vivendi (Frankreich), Ondéo Suez oder Saur (Gruppe Bouygues) - die nötigen Kredite beistellen.

Diese Finanzierungslösung kann jedoch die Privatisierung der Wasser-Ressourcen bedeuten und notwendigerweise zur Festlegung der Preise führen, die alle Kosten decken, sowie zur Kommerzialisierung des Wassers. Dieser letzte Punkt, der zum Verlust der Souveränität der Gemeinden über ihre Ressourcen führt, bekämpfen heute schon die Einwohner der Region von Potosi in Bolivien.

Die Bolivianer, die sich vor kurzem schon erfolgreich in Cochambaba (der zweitgrößten Stadt des Landes) gegen ein amerikanisches Unternehmen erhoben haben, das den Wassermarkt der Stadt an sich gerissen hatte, müssen nun gegen ein geplantes Regierungsprojekt kämpfen, das den Export von unterirdischen Gewässern der Region von Potosi in die Bergwerksindustrien im Norden Chiles gestatten würde. Dieses Dekret würde es der bolivianischen Bergwerkskonzession COBOREH erlauben, 3.000 Liter pro Sekunde zu exportieren (zum Vergleich: die Stadt Cochambaba verbraucht pro Sekunde 700 Liter), was in fünf Jahren 80 Millionen US-Dollar an Einkommen bedeutet.

Dieses geplante Dekret war zuerst Gegenstand eines Lobbying bei den Parlamentarien und wird heute vom bolivianischen Vize-Umweltminister unterstützt. Auf lokaler Ebene hat die COBOREH den Gemeinden die Finanzierung von kulturellen, ökologischen und erzieherischen Projekten vorgeschlagen, als Gegenleistung für ihre Unterstützung des Projekts. Ein Kollektiv aus Bürgerkomitees aus fünf Provinzen von Südwest-Potosi, einer landwirtschaftlichen Gewerkschaft und einer Arbeitergewerkschaft haben jedoch diese Erpressung der Bergbaukonzessionäre abgelehnt, die zur nicht wiedergutzumachenden Zerstörung der unterirdischen Wasser-Ressourcen führen würde. Der Präsident der Bewässerungsföderation und der Abgeordnete Evo Morales haben außerdem einen offenen Brief an den bolivianischen Präsidenten geschickt, in dem er aufgefordert wird, dieses Projekt aufzugeben, um einen zweiten Wasserkrieg nach demjenigen von Cochambaba zu vermeiden.

Der Kampf der Einwohner von Potosi zur Erhaltung ihrer Wasser-Ressourcen gegen den Versuch einer bilateralen Liberalisierung des Handels dieser Ressourcen zwischen Bolivien und Chile ist ein Beispiel für eine Situation, die sich allgemein ausweiten könnte, wenn das Projekt eines allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), das von der Welthandelsorganisation vorbereitet wird, realisiert würde. Um gegen solche Vorhaben zu kämpfen und Alternativen zum Handel mit dem Wasser vorzuschlagen, wie er vom Welt-Wasser-Forum befürwortet wird, haben die Teilnehmer dieses Seminars beschlossen, sich bei einem ersten Wasser-Sozial-Forum zusammenzufinden, für das noch Termin und Ort bestimmt werden müssen.

Für weitere Informationen:
Wasser: www.worldwaterforum.org, www.unifem.undp.org, www.citizen.org/cpm/water, www.harmonizationalert.org
Wald: www.americanlands.org

Ehrenamtliche Übersetzung: Regine Kappeler, attac.info home-team Österreich, sig-bw 21.02.2003

EIN ETHISCHES TRIBUNAL FÜR DIE MEDIEN, Susana Merino

Schluss mit anti-demokratischer Berichterstattung, die zu Instabilität führt und Staatsstreiche initiiert. In Venezuela wurde Demokratie seitens der Medien sabotiert und unterwandert.

TeilnehmerInnen: u.a. Ignacio Ramonet, Walden Bello, Naomi Klein, Mark Weisbrot, Daniel Herz, Luis Britto, Earne Herrera, Javier Priori, Braulio, Vertreter einer venezolanischen Bauernbewegung, Marina Lopez

Das globale Medienbeobachtungszentrum unter der Präsidentschaft des Friedens-Nobelpreisträgers Perez Esquivel verurteilt die venezolanischen Medien, in großem Ausmaß für die derzeitige Krise in Venezuela, ausgelöst durch psychologische Kriegsführung gegen Hugo Chávez während des Staatsstreiches am 14. April 2002 und der darauffolgenden Ereignisse in Venezuela, verantwortlich zu sein.

Die Teilnahme von Radio, Zeitungen und Fernsehen, die im Orchester der Umstände den Staatsstreich produzierten, ist kein isolierter Fakt, sondern Teil eines verschwiegenen Planes der US-Regierung, sich die venezolanischen Erdöl-Reserven (im Rahmen des geplanten ALCA/FTAA Free Trade Area of the Americas) anzueignen.

So wurde über Fernsehen und Zeitungen ethnische Zwietracht und soziale Angst gesät, die innerhalb der venezolanischen Gesellschaft große Risse hervorrief. Direkt und skrupellos speziell an die Mittelklasse gerichtet, hatte sie das schlichte Ziel, die Menschen zur Gewalttätigkeit aufzuhetzen. Ein Gegengift zur gezielten Falschinformationen war die Mund-zu-Mund Propaganda und Internet-Foren, sodass große Teile der Bevölkerung sich der Falschinformationen bewusst wurden und ihren Präsidenten Hugo Chávez weiter unterstützten.

Es ist unabdinglich, mediale Konzentrationen zu brechen, die Diversität der Medien zu schützen, Staatsfernsehen für die ZuseherInnen attraktiver zu machen und auf die Qualität der Berichterstattung zu achten. Integration und Austausch innerhalb der verschiedenen Medien ist zu fördern und die Pluralität innerhalb der Kultur und der Politik zu garantieren. Das "Tribunal" empfahl außerdem die Schaffung einer internationalen Einrichtung, die Berichterstattung auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft und sichert.

Ehrenamtliche Übersetzung: Niko Reinberg, attac.info home-Team Österreich, sig-bw

FREIE SOFTWARE STILLT DEN HUNGER

"Samba" wird nicht nur getanzt sondern ist auch der Name einer Freien Software. Durch den Wegfall von Software-Lizenzen werden Gelder frei. Der "Kampf dem Hunger" - Hauptanliegen von Brasilien's Präsident Lula - wird finanzierbar.

Die internationale "Open Source"-Entwicklergemeinde hat der brasilianischen Administration vorgeschlagen, "der Freien Software in der öffentlichen Verwaltung Priorität einzuräumen und damit die einheimische Informatik-Industrie zu ermutigen, ein freies Betriebssystem anzuwenden" meint Marcelo Branco, Mitglied des Koordinationsausschusses des Projekts Freie Software von Rio Grande do Sul.

Diego Saravia, von der Nationalen Universität Salta / Argentinien und Mitglied der NRO "Hipatia", geht in's Detail: "Brasilien darf nicht weiterhin interne Ressourcen, fast 1 Mrd. US-Dollar im Jahr, verwenden, um Lizenzen an die großen Multis des Nordens zu zahlen. Mit Freier Software bleiben diese Ressourcen im Lande und können dazu beitragen, den Hunger zu bekämpfen". Und weiter: "Die internationale Gemeinschaft der Freien Software-Entwickler setzt große Hoffnungen auf die Regierung Lula. Brasilien könnte ein sehr wichtiges Beispiel für andere Länder werden und wir sind bereit, Hilfestellung zu geben".

Stefano Barale, Physiker und Forscher im Projekt "Datagrid" und Autor des Buches "Wie wir zu freien Software kommen und glücklich leben? Handbuch zur Selbstbefreiung der Informatik", stellte das Projekt "Samba" vor, das den Austausch von Dateien zwischen Windows und GNU/Linux ermöglicht. Einmal fertiggestellt, schickt sich "Samba 3" an, die operativen Microsoft-Systeme von der Spitzenposition im Markt der Unternehmensserver zu verdrängen, um sie durch das transparentere und effizientere Betriebssystem Linux zu ersetzen.
Eine Marktanalyse bei Servern sagt für die zweite Jahreshälfte 2003 den Erfolg des Betriebssystems Windows 2000 über das jetzt veraltete Windows NT voraus.

Die Kampagne "Befreie Deine Software!" sammelt daher bis Juni 2003 Geldmittel in der Höhe von 150.000 Euro, um die Entwicklung von "Samba" zu beschleunigen. Das Geld ist für ein Programmierungs-Team gedacht, die bis heute íhre Arbeit ehrenamtlich zur Verfügung gestellt haben.
Zur Jahresmitte - in einem Moment, an dem sich der Markt erneuert - könnte den Unternehmen dann die Alternative "Samba" angeboten werden.

"Die Idee ist," so Stefano Barale - Koordinator der Kampagne - "ein wirtschaftlich solidarisches Netz zwischen Einzelpersonen, Vereinigungen, ProgrammiererInnen und der MAG4, einer piemontesischen ethischen Finanzierungsgesellschaft, aufzubauen. Die Förderer der Kampagne sind die IA Sociazione per il Software Libero (ASSAOLI), die italienische Abteilung der Free Software Foundation und die Gesellschaft GNUG von Turin, die auf diese Weise ihren Beitrag zum Aufbau eines neuen wirtschaftlichen Modells anbieten, das auf der Verbreitung und Zugänglichkeit von Wissen basiert."

Weiterführende Informationen: www.liberailsoftware.org, www.freeyoursoftware.org, www.samba.org
Quellen: Kampagne "Befreie Deine Software!"; Stampa Büro; Runder Tisch "Gigantinho" zu "Die freie Software - Erfahrungen und Aussichten". Übersetzer: Marcelo, coorditrad@attac.org, ehrenamtliches Übersetzungs-Team, sig bw 21.02.2003

US-DELEGIERTE AUF DEM WELTSOZIALFORUM

Soren Ambrose

Warum hat das Interesse in der US Bevölkerung so stark zugenommen? Warum kommt jetzt die größte nicht-brasilianische Delegation aus den USA?

Auf dem ersten Weltsozialforum waren vielleicht 100 Delegierte aus den USA. Auf dem zweiten waren es fast 500. In diesem Jahr, in dem die Regierung der USA gegen den Irak droht und viele andere Regierungen und Völker der Welt damit verärgert, nehmen wir über 1.000 registrierte Delegierte aus den USA in Porto Alegre wahr.

Von unserer Position als Veranstalter einer der größten US-Delegationen ausgehend, können wir nur Vermutungen anstellen. Die Zahlen sind höher als wir sie voraussahen. Wir nehmen an, dass das Folgende ein Teil der Erklärung sein könnte:

1. Für viele Menschen in den USA ist die Bush-Regierung so extrem und reaktionär gewesen, dass sie gezwungen wurden sich zu entscheiden, ob sie weiterhin unpolitisch sein wollen. Viele Menschen, die bis daher einfach mit progressiven Meinungen einverstanden waren aber nichts darüber hinaus taten um diese zu vertreten, fühlen sich nun verpflichtet dafür zu sprechen und Opposition zu organisieren. Es ist auch denkbar, dass die Menschen die sich von ihrer Regierung entfremdet fühlen, Bündnisse mit Menschen außerhalb ihres Landes suchen oder neu etablieren.

2. Nachrichten und Erfahrungsberichte von dem Weltsozialforum brauchten Zeit, um sich in der Öffentlichkeit und durch das Internet zu verbreiten. Da die Menschen jetzt mehr Wissen über das Forum haben, sind die interessierter zu kommen.

3. Die Globale Gerechtigkeitsbewegung in den USA hat nicht so stark vom 11. September Abbruch erlitten, wie viele befürchtet hatten; ihre Schwungkraft ist zurück und führte möglicherweise viele dazu, internationale Treffen wie das WSF zu besuchen.

4. Die Wirtschaft der USA hat sich verschlechtert, besonders für die Menschen, die schon am unteren Ende der Wirtschaftsleiter leben. Diese Tatsache ermutigte sehr viel mehr Menschen darüber lernen zu wollen, warum sie ihre Arbeit oder ihre Lebensversicherungen verloren haben und an sozialen Bewegungen für Gerechtigkeit teilzunehmen.

Die Delegation der Basisgruppe " Globale Gerechtigkeit " aus den USA brachte etwa 100 AktivistInnen aus der ganzen Nation zum WSF 2003. Sie sind in erster Linie Basis-GemeindeaktivistInnen, die alles versuchen, um politische Macht aufzubauen. Einige richten ihre Arbeit auf Umweltprobleme in ihrem Gebiet, andere auf Arbeitsrechtskämpfe oder Einwanderungsprobleme. Was sie alle verbindet, ist eine Verpflichtung zum Prinzip, dass sie beginnen müssen zu verstehen, wo sie und die Regierung der USA sich im globalen Wirtschaftssystem einfügen. Dann wird die Verantwortung von US-AktivistInnen, die gegen eine Regierung aktiv werden, die weltweit mit ihrer politischen und ökonomischen Macht andere weiter unterdrückt - so hoffen wir - zu einem natürlichen, integrierten Bestandteil des Aktivismus.

sig bw 22.02.2003

SOZIALFOREN IN ALLER WELT

(alphabetisch gereiht)
Afrika, www.enda.sn/Forum%20social/liste1.htm
Argentinien, www.forosocialargentino.org
Asien, www.wsfindia.org
Australien, www.sydneysocialforum.org
Belgien, www.wsf.be
Deutschland, www.social-forum.de
Ecuador, www.fsmecuador.org (im Aufbau befindlich)
Europa, www.fse-esf.org
Frankreich – 2. Europäisches Sozialforum, (12.-16.11.03 Paris / Saint Denis)
Italien, www.ecn.org/socialforum/
Kanada, www.torontosocialforum.ca
Kolumbien, www.forumcolombia2002.netfirms.com
Lateinamerika, www.forumsocialmundial.org.br
Marokko, www.forumsocialmaroc.org
Mittelmeer, www.fsmed.info
New York, www.nycsocialforum.org
Österreich, www.socialforum.at
Palästina, www.grassrootsonline.org/pal_main.html, www.pngo.net
Pan-Amazonas, www.fspanamazonico.com.br
Portugal www.forumsocialportugues.org
Schweiz
Spanien, www.forosocialsevilla.org
Ungarn
Uruguay, www.fsm-uruguay.cjb.net

Weltsozialforum (WSF/FSM), www.portoalegre2003.org

Weltbildungsforum (WBF/FME), www.forummundialdeeducacao.com.br

sig bw 22.02.2003